

Grundkurs deutsche Militärgeschichte • Band 2

Grundkurs deutsche Militärgeschichte

**Drei Bände für die historische und
politische Bildung in der Bundeswehr**

Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes/
Zentrums für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr
herausgegeben von

Karl-Volker Neugebauer

Band 2

Grundkurs deutsche Militärgeschichte

Band 2

Das Zeitalter der Weltkriege 1914 bis 1945

Völker in Waffen

Mit Beiträgen von
Ernst Willi Hansen und Karl-Volker Neugebauer

sowie Gerhard P. Groß, Harald Potempa
und Werner Rahn

**DE GRUYTER
OLDENBOURG**

Projektkoordination: Knud Neuhoff

Redaktion: Knud Neuhoff, Carmen Winkel

Bildredaktion: Gunnar Lucke, Daniela Morgenstern, Hubertus von Prittwitz

Lizenzen: Marina Sandig

Nebentextautoren: Eva Besteck, Andreas Brandner, Anja Hawlitschek, Dorothee Hochstetter, Alexander Kranz, Thorsten Loch, Gunnar Lucke, Knud Neuhoff, Christian Senne, Sebastian Szelat, Stephan Theilig, Carmen Winkel

Lektorat: Eva Besteck, Alexander Kranz, Knud Neuhoff, Carmen Winkel

Karten/Grafiken: Bernd Nogli, Christopher Volle, Harald Sylvester Wolf

Texterfassung/Satz: Carola Klinke, Antje Lorenz, Christine Mauersberger, Christine Nemitz, Inge Uebachs

Umschlagabbildungen:

Stellungskrieg an der Yser in Flandern. Deutsche Soldaten im Schützengraben.

Foto, 1914/15 (akg-images)

Einstellung der Kampfhandlungen in Berlin. Deutsche Soldaten marschieren durch das Brandenburger Tor in die Kriegsgefangenschaft.

Foto, 2. Mai 1945 (ullstein bild)

Deutscher Kriegsgefangener hinter Stacheldraht.

Foto, Mai 1945 (ullstein bild)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Nachdruck der Ausgabe von 2009

© 2017 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: ZMSBw, Potsdam

Layoutkonzeption: Knud Neuhoff (Berlin)/Maurice Woynoski (Potsdam)

Layout: Marc Berger (Berlin)/Maurice Woynoski (Potsdam)

Umschlaggestaltung: Maurice Woynoski (Potsdam)

Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhalt

Einleitung	VI
Einführung	IX
Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts	
Der Erste Weltkrieg 1914 bis 1918	
<i>Karl-Volker Neugebauer</i>	1
Der Staat im Staate	
Militärgeschichte der Weimarer Republik 1919 bis 1933	
<i>Ernst Willi Hansen</i>	86
Vom eigenständigen Machtfaktor zum Instrument Hitlers	
Militärgeschichte im »Dritten Reich« 1933 bis 1939	
<i>Karl-Volker Neugebauer</i>	198
Größenwahn und Untergang	
Der Zweite Weltkrieg 1939 bis 1945	
<i>Karl-Volker Neugebauer</i>	296
Anhang	
Abkürzungsverzeichnis	439
Verzeichnis der Sachtexte	442
Personenregister	444
Abbildungsnachweis	447
Autoren	449

Einleitung

- Vorstellung** Der »Grundkurs deutsche Militärgeschichte« ist die neu erarbeitete Folgeauflage der 1993 erschienenen zweibändigen »Grundzüge der deutschen Militärgeschichte«. Ähnlich wie der Vorgänger ist das Folgewerk ein facettenreiches und multiperspektivisches Lehr- und Studienbuch für Studenten und Dozenten der Geschichte und natürlich in erster Linie für die Offizieranwärter und Offizieranwärterinnen der Bundeswehr. Zudem soll die Publikation, ähnlich der Erstauflage, eine breite militärhistorisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen.
- Neuerungen** Konnten in den alten »Grundzügen« der Geschichte der NVA sowie der sicherheitspolitischen Entwicklung nach 1989 auf Grund des noch unzureichenden Forschungsstandes nur wenige Seiten gewidmet werden, so betrachten wir es als einen großen Schritt nach vorne, dass der Zeitraum nach 1945 jetzt einen eigenen Band füllt. Allerdings werden die westdeutschen und die ostdeutschen Streitkräfte darin bewusst nicht äquivalent behandelt, vielmehr hat die Bundeswehr ein deutliches Übergewicht, das auch die unterschiedliche Größe der beiden deutschen Staaten und ihrer Armeen andeutungsweise widerspiegeln soll.
- Zielsetzung** Der »Grundkurs deutsche Militärgeschichte« bietet breite Grundlagen für einen Lernprozess des »(sich) informierenden Lernens«. Durch ihn werden die Voraussetzungen entscheidend verbessert, die drei didaktischen Zentralaufgaben des Geschichtsunterrichts zu erfüllen: das notwendige historische Orientierungswissen zu vermitteln, zu verdeutlichen, wie die Wissenschaft zu historischen Erkenntnissen und Urteilen gelangt, und Kritikfähigkeit zu wecken gegenüber jenen Darstellungsformen von Geschichte, wie sie uns in der Öffentlichkeit alltäglich begegnen.
- Struktur** Der erste Band umfasst den Zeitraum vom Mittelalter bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges 1914, Band 2 das »Zeitalter der Weltkriege« 1914 bis 1945 und Band 3 die Epoche von 1945 bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts.
- Aufbau** Das Werk gliedert sich nach einem grobchronologischen Schema in zwölf schärfer konturierte, überschaubarere »Epochenabschnitte«, wobei die Leitfragen für alle Epochenabschnitte seit der ersten Auflage der »Grundzüge« nahezu unverändert geblieben sind und gleichzeitig die Kapitelstruktur bilden:

Überblick

Im Kapitel »Überblick« werden die wichtigsten historischen Ereignisse der Epoche schlaglichtartig beleuchtet, um dem Leser einen kompakten Einstieg in den behandelten Zeitabschnitt zu ermöglichen. Die vorangestellte Zeittafel gibt eine tabellarische Orientierungshilfe über die wichtigsten Daten und wird durch Literaturtipps ergänzt.

Umfeld

Im Kapitel »Umfeld« wird das komplexe und mitunter spannungsreiche Wechselverhältnis von Militär, Politik, Staat und Gesellschaft thematisiert.

Strukturen

Das Kapitel »Strukturen« beinhaltet die Organisation der Streitkräfte in umfassendem Sinne, aber auch verstärkt die »Lebenswelt« der Soldaten.

Konflikte

Im Kapitel »Konflikte« stehen die militärischen Auseinandersetzungen im Mittelpunkt, sofern sie für die deutsche Militärgeschichte von Bedeutung waren.

Die Gliederung des ersten Epochenabschnitts »Die Ursprünge: Ritter, Söldner, Soldat – Militärgeschichte bis zur Französischen Revolution 1789« weicht von diesem Schema insofern ab, als darin ein chronologischer Überblick dieses Zeitraums behandelt wird.

Zentraler Kern der Bände sind die erzählend-analytischen Autorentexte, die »Fließtexte«. Sie werden ergänzt durch vielfältige »Medien«: neben Abbildungen, Karten und grafischen Darstellungen zahlreiche »Nebentexte« wie

 **B** Biogramme  **S** Sachtexte  **1** Primärquellen  **2** Sekundärliteratur

Auf diese parallelen Ergänzungen wird im »Fließtext« mittels ► hingewiesen. Ferner ermöglicht das Sachtext- und Personenregister die lexikalische Nutzung der Bände.

Literatur

Unter den »Tipps« am Anfang jedes Epochenabschnitts findet derjenige Leser, der sich intensiver mit der einen oder anderen Thematik befassen möchte, eine knappe Auswahl weiterführender, aber möglichst nicht zu spezialisierter Literatur. Umfangreichere Angaben zu der von den Autoren benutzten wissenschaftlichen Literatur befinden sich am Ende des dritten Bandes. Um die für alle Epochenabschnitte grundlegenden Werke nicht immer wieder anführen zu müssen, wird als »Standardliteratur«, die man als Erstes heranziehen sollte, an dieser Stelle benannt:

- Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648–1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München 1979
- Carl Hans Hermann, Deutsche Militärgeschichte. Eine Einführung, Frankfurt a.M. 1966
- Siegfried Fiedler und Georg Ortenburg, Heerwesen der Neuzeit, Augsburg 2005

Obwohl der »Grundkurs« an Umfang zugenommen hat, ist es, wie schon in der ersten Auflage, unmöglich, alle wünschenswerten Themen, die das weite Feld der Militärgeschichte bietet, zu behandeln. Bei der Auswahl der Lerninhalte hat der Herausgeber auch bewusst den einzelnen Autoren als Fachleuten für die jeweilige Epoche weitgehende Freiheiten eingeräumt.

Die Zahl der am Gelingen des Projekts Beteiligten ist groß – mein Dank gilt dem gesamten Team.

Karl-Volker Neugebauer

Das Zeitalter der Weltkriege 1914 bis 1945 – der »Dreißigjährige Krieg« des 20. Jahrhunderts?

Im Sommer 1914 blickte Europa auf eine fünfundvierzigjährige Friedenszeit zurück. Kriege mit europäischer Beteiligung hatten in dieser Zeit lediglich als regional begrenzte Konflikte in den europäischen Randlagen wie auf dem Balkan, in Asien oder in den Kolonien stattgefunden. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts war diese Friedensperiode jedoch durch zunehmende innen- und sozialpolitische Probleme der europäischen Staaten sowie den wachsenden Gegensatz der europäischen Machtblöcke und dem ersten »Kalten Krieg« des Jahrhunderts geprägt. Das Deutsche Reich, die Führungsmacht des Dreibundes mit Österreich-Ungarn und Italien, strebte nach Weltgeltung und forderte ebenfalls einen »Platz an der Sonne«. Die etablierten Weltmächte, Frankreich, Russland und Großbritannien waren jedoch nicht bereit, auf eigene Machtansprüche zu verzichten oder womöglich eine deutsche Vorherrschaft über Europa hinzunehmen. Die wechselseitig wahrgenommene Bedrohung der eigenen Macht führte zu einem beschleunigten Rüstungswettlauf zur See, zu Lande und in Ansätzen auch in der Luft. In einer Epoche, in der Krieg noch als ein allgemein anerkanntes Mittel der Politik verstanden wurde, sahen viele Europäer in einem kurzen Waffengang die einzige Lösung der angestauten innen- und außenpolitischen Konflikte. Die Ermordung des österreich-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gattin in Sarajevo am 28. Juni 1914 war daher lediglich Anlass, nicht Ursache für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges – gleichsam der Funke ins Pulverfass.

Dass mein Großvater Franz-Peter Schneider, geboren 1894 in Mainz, diese Zusammenhänge durchschaute, ist unwahrscheinlich. Für ihn war es jedoch selbstverständlich, dass er, wenn auch mit einem klammen Gefühl im Magen, als einfacher Kanonier der Leibatterie des 1. Großherzoglichen Hessischen Feldartillerie-Regimentes Nr. 25 im August 1914 in den Krieg zog. Denn ebenso wie die meisten seiner europäischen Zeitgenossen empfand er diesen Krieg als berechtigte Verteidigung. In den folgenden Jahren kämpfte und litt Franz-Peter Schneider mehrfach schwer verwundet unter anderem in der Marneschlacht 1914, vor Verdun und an der Somme 1916, vor Arras 1917 und während der Michael-Offensive 1918. Zwischenzeitlich zum Unteroffizier befördert, kehrte er nach Kriegsende 1918 hochdekoriert nach Mainz zurück. Der Krieg hatte ihn nicht nur körperlich, sondern auch seelisch gezeichnet und ihn während seines weiteren Lebensweges nie mehr losgelassen.



Franz-Peter Schneider während des Ersten Weltkrieges. Foto, 1914.



Franz-Peter Schneider während des Zweiten Weltkrieges. Foto, 1939.

Obwohl er – wie die meisten Deutschen – die Niederlage und den Versailler Friedensvertrag als Demütigung empfunden hatte, stand er im September 1939 dem zweiten großen Waffengang seines Lebens eher skeptisch gegenüber. Er wurde 1939, diesmal mit 46 Jahren, erneut eingezogen und als Wachtmeister und Zugführer einer Transportkompanie des Artillerieregiments 72 im Grenzgebiet zu Frankreich eingesetzt. Ohne an größeren Kampfeinsätzen teilgenommen zu haben, wurde Franz-Peter Schneider, mittlerweile zum Oberwachtmeister befördert, im April 1940 aus Altersgründen aus dem aktiven Dienst entlassen. Als älterer Soldat erschien er weniger für die Kriegführung ge-

eignet, wohl aber als Landwirt. 1944 holte ihn der Krieg als Führer des örtlichen Volkssturms aber wieder ein. Er legte jedoch mit seinen Männern die Waffen nieder, bevor er in Kampfhandlungen verwickelt wurde. Seine Kriegserfahrungen hatten ihn gelehrt, dass bei personeller Unterlegenheit und mangelhafter Bewaffnung ein Kampf gegen Panzerkräfte sinnlos war.

Am Kriegsende 1945 blickte Franz-Peter Schneider keineswegs wie sein Vater im Alter von fünfzig Jahren vor ihm auf eine langjährige Friedensepoche mit großen wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Fortschritten zurück. Vielmehr hatte er zwei Weltkriege sowie eine Zwischenkriegszeit erlebt, die von Revolution, Inflation, Wirtschaftskrise, politischer Instabilität und der nationalsozialistischen Diktatur geprägt war.

Politikgeschichtlich handelt es sich bei dem zweimaligen Anlauf Deutschlands zur Weltmacht um einen europäischen Konflikt um die Vormachtstellung mit weltweiten Auswirkungen, wie er seit Jahrhunderten in Europa immer wieder geführt wurde. Ebenso wie im Dreißigjährigen Krieg (1618–1648), den Eroberungskriegen Ludwigs XIV. (1667–1714) und den napoleonischen Kriegen (1792–1815) wechselten sich auch in dieser Epoche Kriegs- mit Friedenszeiten ab. Der Verlierer des ersten Waffenganges nutzte die Zwischenkriegszeit, um aus den Erfahrungen der zurückliegenden Kämpfe zu lernen, neu zu rüsten und in einem zweiten Anlauf die Niederlage rückgängig zu machen und seine eigenen Machtvorstellungen durchzusetzen.

Heute wird die Zeit von 1914 bis 1945 oft als »Zeitalter der Weltkriege« oder der »Zweite Dreißigjährige Krieg« bezeichnet, wobei der Erste Weltkrieg vielfach als Auftakt für den Zweiten gesehen wird. Trifft dieses auf den ersten Blick schlüssige Bild zu oder überwiegen nicht eher Brüche als Stetigkeiten in der Epoche der Weltkriege? Kann angesichts der Einzigartigkeit des nationalsozialistischen industrialisierten Völkermordes von einer Epocheneinheit gesprochen werden oder gibt es, trotz der Neuartigkeit der deutschen Vernichtungspolitik und Kriegführung im Zweiten Weltkrieg, einen gleichmäßigen Fortgang, der seinen Ursprung im Ersten Weltkrieg hat?

Zur Beantwortung dieser Fragen muss man dem neuartigen Charakter der beiden Weltkriege nachgehen. Das Kennzeichen besteht keineswegs darin, dass die beiden weltweiten militärischen Konflikte des 20. Jahrhunderts mehrere Kontinente erfassten sowie rund 90 Millionen Menschen das Leben kosteten. Denn so gewaltig die geografische Ausdehnung beider Kriege auch war und so furchtbar die hohen Verlustzahlen sind, hatten sich schon vor 1914 europäische Konflikte nicht nur auf Europa beschränkt, sondern – wie bereits der Siebenjährige Krieg (1756–1763) – Asien und Amerika einbezogen. Auch die schrecklichen Verluste an Menschenleben sind im Vergleich mit anderen Kriegen nicht so ungewöhnlich. So verloren allein im Chinesischen Bürgerkrieg von 1850 bis 1864 mindestens 20 Millionen, also doppelt soviel Menschen ihr Leben wie im Ersten Weltkrieg. Die weltweite Ausdehnung der Schlachtfelder und die ungeheuren Verluste an Menschenleben sind daher für sich allein kein Merkmal der beiden Weltkriege.

Deren Besonderheit ist vielmehr die zur Totalisierung neigende industrialisierte Kriegführung, die im 19. Jahrhundert vor allem im Amerikanischen Bürgerkrieg, aber auch im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 und in einigen Kolonialkonflikten schon in Ansätzen erkennbar war. Wenn auch der Erste Weltkrieg in seiner Gesamtheit sicher kein »Totaler Krieg« war, lassen sich doch an ihm Entwicklungslinien totaler Kriegführung aufzeigen. Der einfache Soldat war Bestandteil einer komplexen Kampfmaschinerie, in der Maschinenwaffen immer häufiger den »Waffenträger« Mensch beherrschten und in der ihn anonymes Massensterben im Hagel der feindlichen Artilleriegranaten erwartete. An der in langen Stellungssystemen erstarrten Front setzten beide Seiten ungehemmt Giftgas, MGs und Flammenwerfer ein. Es kam zum »Krieg der Maschinen«. Zur Führung der modernen Waffensysteme wie U-Boote, Panzer oder Flugzeuge benötigte man andererseits hochqualifizierte Spezialisten, die sich aus der Masse der Soldaten heraus hoben. Die mit den neuen taktischen Verfahren seit 1916 verbundene Individualisierung führte dann jedoch zu einer Aufwertung der Kleingruppe und ihren Führern sowohl im Angriff als auch in der Verteidigung. Nicht mehr der Massenangriff war das taktische Mittel, sondern der hervorragende ausgebildete Einzelkämpfer im Stoßtruppverfahren wurde zum Leitbild. Er verkörperte den Träger des Gefechts und die Speerspitze des Angriffs.

Doch nicht herausragende Taten einzelner Soldaten entschieden letztendlich den Konflikt, vielmehr die personellen und wirtschaftlichen Hilfsmittel der Krieg führenden Staaten. Der industrialisierte Krieg zwang zur Mobilisierung zusätzlicher Bevölkerungsschichten. Erstmals wurden im großen Stil Frauen in Industrie und Landwirtschaft eingesetzt. Somit weitete sich der Krieg auf alle Einwohner aus. Im Kaiserreich brachte das Hindenburg-Programm den Willen zur totalen Mobilisierung der Gesellschaft zum Ausdruck. Gleichzeitig wurde die durch Luftangriffe und Artilleriefeuer in Mitleidenschaft gezogene Zivilbevölkerung zum Teil direkt in das Kriegsgeschehen verwickelt und durch die britische Hungerblockade sowie den »uneingeschränkten U-Bootkrieg« der Kaiserlichen Marine unmittelbar in ihren Lebensgrundlagen bedroht. Die Heimat geriet so zur zweiten Front.

Die fehlenden strategischen Ressourcen Deutschlands und seiner Verbündeten versuchte die militärische Führung nicht nur durch Bereitstellung aller Kräfte, sondern auch durch gezielte Eroberungen im Osten und durch die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete sicher-

zustellen. Doch auch derartige Bemühungen zeigten nicht die gewünschten Erfolge. Hunger und Mangelwirtschaft konnten nicht beseitigt werden. Diese Erfahrungen sowie der durch die Propaganda geschürte Hass auf den Feind führte zu einer Entgrenzung der Kriegsziele. Viele Militärs und Politiker sahen die Sicherheit der zukünftigen Generationen nur durch die dauerhafte Zerschlagung des Gegners, verbunden mit der Sicherstellung einer unabhängigen Wirtschaftsbasis, gewährleistet.

Der Krieg endete mit einem für viele Deutsche unerwarteten Zusammenbruch sowie der Novemberrevolution 1918. Die dargelegten Tendenzen zur Totalisierung haben sich im Ersten Weltkrieg jedoch nicht voll entwickeln können, da der weitaus größte Teil der europäischen Zivilbevölkerung aufgrund der festgefahrenen Fronten von unmittelbaren Kriegsfolgen nur bedingt betroffen war. Es hatte sich herausgestellt, dass Deutschland einen Abnutzungskrieg gegen die anderen europäischen Großmächte nicht gewinnen konnte. Die Ungleichheiten der strategischen Ressourcen ließen sich nicht durch taktisch-operative Neuerungen oder durch Führungskunst ausgleichen. Das Eingeständnis dieser Erkenntnis hätte folgerichtig den Verzicht auf eine militärisch gestützte Großmachtspolitik bedeuten müssen. Dies lag jedoch außerhalb der Vorstellungswelt der deutschen Eliten. Die Rücknahme des Versailler Vertrages und die Wiedererlangung des Großmachtstatus war für die militärische und Teile der politischen Führungsschicht in Deutschland ein unabdingbares Ziel.

Als Gründe für die Niederlage wurden die »Verwässerung« des als Siegesrezept verstandenen Schlieffenplans, der »Dolchstoß« der Sozialisten in den Rücken der kämpfenden Truppe und die mangelhafte Mobilisierung der Gesellschaft ausgemacht. Die im Ersten Weltkrieg an der Durchsetzung ihrer Idee gescheiterten Verfechter einer vollen Mobilisierung forderten daher für den erwarteten zweiten Waffengang, alle militärischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte schon im Frieden auf den Krieg auszurichten. Die Unterscheidung zwischen Front und Heimat sollte aufgehoben und somit die »Heimatfront« die zweite tragende Säule der Kriegführung werden. Gleichzeitig dazu fand eine Auswertung taktischer Kriegserfahrungen mit dem Ziel statt, die festgestellte militärische Unterlegenheit durch Motorisierung und taktische Beweglichkeit auszugleichen. Im Gegensatz zu den demokratischen Staaten wirkten in der Zwischenkriegszeit die durch eine antidemokratische Haltung geprägten totalitären Staaten Italien, Japan, Sowjetunion und Deutschland unbeirrbar auf eine Militarisierung der Gesellschaft hin.

Im Zweiten Weltkrieg trat die Radikalisierung zum »Totalen Krieg« dann offen zu Tage. Propaganda und Zensur galten als selbstverständlich. NSDAP und Kommunistische Partei der Sowjetunion bemühten sich durch Parteioorganisationen, Spitzelsysteme und Polizei um die totale Kontrolle der in ihren Herrschaftsbereichen lebenden Menschen. Aus der Blockadeerfahrung des Ersten Weltkrieges heraus versuchte die deutsche militärische und politische Führung in mehreren »Blitzkriegen«, einen zur Führung eines globalen Krieges befähigenden Großraum zu erobern und zu beherrschen. Das gewonnene Gebiet sollte zur Versorgung des Deutschen Reiches rücksichtslos ausgeplündert werden. Dabei kalkulierte die deutsche Führung skrupellos den Hungertod von Millionen Menschen ein. Die Besatzungsherrschaft führte zur Bildung weiträumig operierender Widerstandsbewegungen in den besetzten Gebieten. Wehrmacht und SS gingen im Partisanenkrieg mit äußerster Brutalität sowohl gegen Partisanen als auch gegen die Zivilbevölkerung vor. Millionen von Zivilisten und Kriegsgefangenen wurden unmenschlich behandelt oder ermordet. Terror war auf deutscher wie sowjetischer Seite ein Bestandteil der Kriegführung.

Das nationalsozialistische Deutschland führte einen rasseideologischen Vernichtungskrieg, der in einem einzigartigen Massenmord an den europäischen Juden gipfelte.

Neben die Blockade und den U-Bootkrieg traten der strategische Bombenkrieg sowie der Einsatz von Fernwaffen und Atombomben. Städte fielen im Luftkrieg dem Bombenhagel zum Opfer sowie ganze Landstriche wurden durch die Taktik der »verbrannten Erde« verwüstet und entvölkert. Begrenzte Kriegsziele waren angesichts der Totalisierung des Krieges nicht mehr gefragt und wichen totalen Kriegszielen. Die Zivilbevölkerung war im Zweiten im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg in weit größerem Maße zugleich Objekt und Subjekt der Kriegführung. Die Tendenz zur industrialisierten und totalen Kriegführung, die sich, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, in der totalen Mobilisierung, den totalen Kriegszielen, der totalen Kontrolle und den totalen Kriegsmethoden beider Weltkriege widerspiegelt, erlaubt es, beide Weltkriege als Kriege neuen Typs zu bezeichnen und von einem »Zeitalter der Weltkriege« zu sprechen.

Diese Erkenntnis darf nicht den Blick darauf verstellen, dass die Weltkriege von den Zeitgenossen unterschiedlich wahrgenommen wurden. Für die Generation meines Urgroßvaters endete mit der Niederlage 1918 die »gute alte Zeit« des Kaiserreichs. Den Kriegsausbruch 1939 sollte er nicht mehr erleben. Als sein ältester Enkel, mein Patenonkel, 1941 als junger Fallschirmjäger in den Krieg zog, kannte dieser den Ersten Weltkrieg wiederum nur aus Erzählungen und aus Schulbüchern. Lediglich die Generation meines Großvaters erlebte aktiv beide Weltkriege und nahm die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts als zusammenhängende Epoche war. Die um 1890 Geborenen dienten im Ersten Weltkrieg als junge Männer im Schützengraben und im U-Boot und stellten im Zweiten Weltkrieg die wichtigsten Entscheidungsträger in Wirtschaft, Militär und Politik. Für sie war der Erste Weltkrieg unbestreitbar ein entscheidendes Lernfeld. So ist die nationalsozialistische Weltanschauung Adolf Hitlers ohne das Erlebnis des Krieges und der Niederlage von 1918 nicht denkbar. Die jungen Leutnante und Hauptleute des Ersten und Admirale und Generale des Zweiten Weltkrieges Karl Dönitz, Heinz Guderian, Erwin Rommel, Erich von Manstein, Adolf Heusinger und Hans Speidel erfuhren ihre entscheidende militärische Prägung und Sozialisation in den Jahren 1914 bis 1918. Unter dem Schlagwort »Nie wieder 1918« plante und führte daher diese Generation den Zweiten aufgrund der Erfahrungen des Ersten Weltkriegs.

Der zweimalige Versuch des Deutschen Reiches im 20. Jahrhundert, innerhalb der Lebensspanne einer einzigen Generation eine Weltmachtstellung zu erkämpfen, rechtfertigt es, die Zeitspanne von 1914 bis 1945 trotz aller erkennbarer Brüche geschichtswissenschaftlich als Epocheneinheit zu behandeln. Vorgeschichte und Nachwirkungen dieses »Dreißigjährigen Krieges« des 20. Jahrhunderts dürfen dabei aber nicht übersehen werden.

Das »Zeitalter der Weltkriege« lässt sich unter dem Leitmotiv »der Weg zum Totalen Krieg« für die deutsche Militärgeschichte in fünf Phasen einteilen:

- die Vorgeschichte als der erste »Kalte Krieg« des 20. Jahrhunderts 1905–1914,
- der Erste Weltkrieg als »industrialisierter« und erster tendenziell »Totaler Krieg« 1914–1918,
- die Zwischenkriegszeit als Versuchsaufbau für die Entwicklung taktischer und operativer Konzepte des zukünftigen Bewegungskrieges sowie der Rahmenbedingungen des »Totalen Krieges« 1919–1939,
- der Zweite Weltkrieg als vom NS-Regime entfesselter »Totaler Krieg« unter Mobilisierung aller militärischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale 1939–1945,
- das Kriegsende mit dem totalen Zusammenbruch und seinen Folgen 1945–1950.



Deutsche Soldaten bei feindlichem Gasangriff an der Ostfront. Foto, 1916.

Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts – Der Erste Weltkrieg 1914 bis 1918

von Karl-Volker Neugebauer

Überblick:

Zeittafel	2
Tipps	4
Epochenquerschnitt	5

Kapitel I – Umfeld:

Militär, Staat und Gesellschaft im Krieg

1. Der Weg in den Krieg	12
2. Außenpolitik und Kriegsziele	18
3. Die Gesellschaft des Kaiserreichs im Krieg	22

Kapitel II – Strukturen:

Das neue Gesicht des Krieges

1. Kriegsbild und Kriegführung	30
2. Waffengattungen und Taktik	36

Kapitel III – Konflikte:

Der »Große Krieg«

1. Der Krieg zu Lande	42
a) Der Krieg im Westen 1914 bis 1917	42
b) Der Kriegsverlauf im Osten	48
c) Die übrigen Kriegsschauplätze	54
d) Letzte Kraftanstrengung Deutschlands und der Zusammenbruch 1918	58
2. Der Krieg zur See (Werner Rahn)	62
a) Überwasserkrieg. Ausgangslage und erste Operationen	62
b) Handelskrieg mit U-Booten 1915 bis 1918... 64	
c) Die Einsätze der Hochseeflotte 1916 bis 1918. Zusammenbruch und Revolution	70
3. Luftkriegführung (Harald Potempa)	76
a) Luftkriegsmittel und Personal	76
b) Ziele und Einsatzarten	78
4. Bilanz des Krieges	82

1914

28. Juni Ermordung Franz Ferdinands

28. Juli Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien

1. August Generalmobilmachung in Deutschland

4. August Bewilligung der Kriegskredite

26. -30. August Schlacht von Tannenberg

5. -12. September Marne-Schlacht



002 Ermordung des österreich-ungarischen Thronfolgers und seiner Gattin am 28. Juni 1914 in Sarajewo. Farbdruck, 1914.

1915

7. Mai Versenkung der LUSITANIA

Mitte Mai Schlacht bei Tarnow-Gorlice

23. Mai Kriegseintritt Italiens

11. Oktober Niederwerfung Serbiens



003 Die Schlacht vor dem Skagerrak am 31. Mai 1916. Öl auf Leinwand von W. Malchin.

1916

Februar-Dezember Schlacht um Verdun

27. Mai Friedensappell Präsident Woodrow Wilsons

31. Mai-1. Juni Schlacht vor dem Skagerrak

27. August Kriegseintritt Rumäniens

29. August Bildung der 3. OHL

6. Dezember Einnahme von Bukarest

12. Dezember Friedensangebot der Mittelmächte



004 Flandernschlacht: Schwer verwundete deutsche Soldaten nach ihrer Einlieferung auf dem englischen Verbandsplatz bei Potijze. Foto, 20. September 1917.



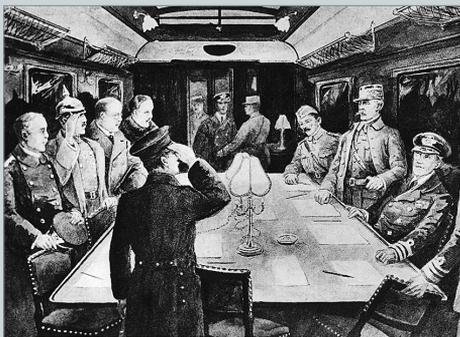
1917

005 Die Erstürmung des Winterpalastes in Petrograd am 7. November, der Beginn der bolschewistischen Revolution in Russland. Foto, 1917.



1918

006 Deutscher Sturmpanzer (A7). Foto, Juli 1918.



007 Waffenstillstand zwischen Deutschland und den Alliierten in Compiègne am 11. November. Bildpostkarte, um 1918.

- 1. Februar Beginn des »uneingeschränkten« U-Bootkrieges
- 7. -15. März Russische Februarrevolution
- 6. April Kriegseintritt der USA
- 7. April »Osterbotschaft« Wilhelms II.
- 14. Juli Sturz Bethmann Hollwegs
- 19. Juli »Friedensresolution« des Reichstages
- 7. November Russische Oktoberrevolution
- 8. Januar Wilsons »Vierzehn Punkte«
- 3. März Friedensvertrag von Brest-Litowsk
- 21. März Beginn der deutschen Frühjahrsoffensive
- 8. August »Schwarzer Tag des Deutschen Heeres«
- 29. September OHL fordert Waffenstillstand
- 3. Oktober Parlamentarische Regierung unter Prinz Max von Baden
- 26. Oktober Entlassung Ludendorffs
- 3. November Matrosenaufstände in Kiel
- 9. November Abdankung Wilhelms II., Ausrufung der Republik
- 11. November Waffenstillstandsabkommen in Compiègne

1. Literatúrauswahl

Überblick

- Berghahn, Volker R., Der Erste Weltkrieg, München 2003
Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz in Verbindung mit Markus Pöhlmann, Paderborn 2003
Mommssen, Wolfgang J., Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914–1918, Stuttgart 2002 (= Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 17)
Salewski, Michael, Der Erste Weltkrieg, Paderborn 2003
Strachan, Hew, Der Erste Weltkrieg. Eine neue illustrierte Geschichte, München 2004

Umfeld

- Hildebrand, Klaus, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945, Stuttgart 1995
Hillgruber, Andreas, Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871–1945, Düsseldorf 1980
Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992
Ritter, Gerhard, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des »Militarismus« in Deutschland, Bde 3–4, München 1964, 1968
Wehler, Hans-Ulrich, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1983 (= Deutsche Geschichte, 9)

Strukturen

- Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Bruno Thoß und Hans-Erich Volkmann, Paderborn 2002
Kielmannsegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Stuttgart 1980
Der Krieg zur See 1914–1918. Hrsg. vom Marine-Archiv, 7 Reihen mit 23 Bden, Berlin 1920–1964
Legahn, Ernst, Meuterei in der Kaiserlichen Marine 1917/1918. Ursachen und Folgen, Herford 1970
Der Weltkrieg 1914–1918. Die militärischen Operationen zu Lande. Bearb. im Reichsarchiv, 14 Bde, Berlin 1925–1944

Konflikte

- Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. Hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1994
Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Jörg Duppler und Gerhard P. Groß, München 1999
Neitzel, Sönke, Blut und Eisen. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Zürich 2003 (= Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert)
Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente. Im Auftrag des MGFA und der Otto-von-Bismarck-Stiftung hrsg. von Hans Ehlert, Michael Epkenhans und Gerhard P. Groß, Paderborn 2002 (= Zeitalter der Weltkriege, 2)
Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Gerhard P. Groß, Paderborn 2006 (= Zeitalter der Weltkriege, 1)
Wolz, Nicolas, Das lange Warten. Kriegserfahrungen deutscher und britischer Seeoffiziere 1914 bis 1918, Paderborn 2008 (= Zeitalter der Weltkriege, 3)

Epochenquerschnitt

Im Gedächtnis der Franzosen und Briten ist der Erste Weltkrieg der »Große Krieg« des 20. Jahrhunderts, welcher auch in viel größerem Umfang als in Deutschland das Interesse der historischen Forschung findet. In unserem historischen Selbstverständnis ist der Erste Weltkrieg hinter dem fürchterlichen Erlebnis des Zweiten Weltkrieges verblasst, der als die eigentliche militärische, politische und vor allem moralische Katastrophe empfunden wird. So sind nur einige Stichworte im kollektiven Gedächtnis der Nation haften geblieben, historische Symbole, teils von geringer, teils von hoher Bedeutung für den Verlauf des Krieges: Tannenberg, Marne-Schlacht, Langemarck, Verdun und Skagerrak. Dennoch trifft gerade für die deutsche Nation mehr als für alle anderen die Formulierung des Amerikaners George Kennan zu, dass der Erste Weltkrieg die »Urkatastrophe« des 20. Jahrhunderts gewesen ist, die eine Epoche gewaltiger Umwälzungen einleitete:

Mit dem Ersten Weltkrieg endete das »lange 19. Jahrhundert« (Eric J. Hobsbawm) und begann das »Zeitalter der Weltkriege« mit der daran anschließenden zweigeteilten Weltordnung. Mit ihm zerbrach auch das auf dem Wiener Kongress 1815 stabilisierte Mächtesystem endgültig, das bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine gewisse Solidarität und gesamteuropäische Verantwortung der Großmächte weltweit gewährleistet hatte. Selbst die Veränderungen in der zweiten Jahrhunderthälfte wie die Nationalstaatbildung in Italien und Deutschland hatten dieses System im Prinzip nicht infrage gestellt. Erst durch den schrankenlosen ▶ Nationalismus und ▶ Imperialismus im ausgehenden 19. Jahrhundert fand die europäische Solidarität



008 Abfahrt des einberufenen Landsturms von einem Berliner Bahnhof. Nachkoloriertes Foto, 1914.

1914 ihr Ende. Bestanden nach dem Krieg auch weiterhin riesige Kolonialreiche, so setzten doch bereits erste Bestrebungen zur Dekolonisation ein, die in den sechziger Jahren ihren Abschluss fand. Im »Epochenjahr der Weltgeschichte« 1917 traten zwei Ereignisse von weltpolitischer Tragweite ein: Das eine, seit 1990 nur noch eine Episode der Weltgeschichte, war die Russische Oktoberrevolution, das andere war der Kriegseintritt der USA, mit dem eine seit 1000 Jahren nicht erlebte Wende einsetzte, nämlich – aus europäischer Sicht – der Abstieg Europas vom Zentrum des weltpolitischen Geschehens zu einem bloßen Teilschauplatz. Die Umstellungen von dem erwarteten »kurzen« auf einen »langen« Krieg führten zu tief greifenden gesellschaftlichen, bürokratischen, technokratischen und ideologischen Verwerfungen, die auch auf diesen Gebieten das Ende des »langen 19. Jahrhunderts« markieren. Gewaltige politische und soziale Veränderungen destabilisierten die eu-

S Im 19. Jahrhundert bildete sich der **Nationalismus** als die vielleicht historisch folgenreichste Antwort auf die Daseinsfrage des Menschen heraus. Die eingliedernde Wirkung des Nationalismus fußt auf drei Säulen: Gleichheit, Zusammengehörigkeitsgefühl und Aktivierung. Wo sich die Menschen durch den Nationalismus zu nationalen Großgruppen zusammenschließen, erfahren sie sich als Gleiche, z.B. als Italiener, Franzosen oder Deutsche, was auch immer sie sonst ihrer Herkunft, ihrer Überzeugung, ihrer ökonomischen Interessenlage nach sein mögen. Dabei führt die Bewusstwerdung und Erforschung der eigenen nationalen Eigenarten, Leistungen und Vorzüge zu gleichzeitiger Abgrenzung anderer Nationen. Die zumeist positiv besetzten eigenen Wesenszüge kontrastieren oft mit negativen Stereotypen fremder oder verfeindeter Nationen. Der Nationalismus vermochte und vermag es noch, breite Menschenmassen politisch zu aktivieren und für die Ziele der Nation einzuspannen. In seiner extremsten Erscheinungsform, dem Chauvinismus, stellt er eine latente Bedrohung des Friedens dar.

ropäischen Gesellschaftsordnungen, insbesondere die deutsche, und trugen zum Niedergang des Bürgertums als führender Schicht bei. Neue radikale politische Kräfte läuteten ein »Zeitalter der Ideologien« ein.

Als Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges können in erster Linie folgende Faktoren gelten: Die Politik aller Großmächte wurde bestimmt von einem »absoluten« Souveränitätsverständnis, nach dem die eigene Souveränität und Handlungsfreiheit in vollem Umfang bewahrt werden musste, ohne zu erkennen, dass diplomatische Kompromisse immer nur unter freiwilliger Selbsteinschränkung erreichbar sind. Die Großmächte verfolgten eine aktiv nach außen drängende Politik mit dem konkurrierenden Ziel, Weltreiche zu bilden. Doch hatten neben ihnen auch mehrere mittlere Mächte nicht nur koloniale Bestrebungen, sondern trachteten zudem nach einer Expansion ihrer nationalen Territorien. Das Wettüben zwischen den großen Mächten beschleunigte sich, bedingt durch die rasanten technologischen Fortschritte, im letzten Jahrzehnt vor dem Kriegsausbruch beträchtlich. Der deutsche Schlachtflottenbau war das sichtbarste Zeichen des Rüstungswettlaufs, den Deutschland allerdings 1912 bereits gegen England verloren hatte, weil es mit dem britischen Bautempo aus finanziellen Gründen nicht mithalten konnte. Seit diesem Jahr konzentrierte das Deutsche Reich seine Mittel wieder auf die Landstreitkräfte als Reaktion auf die verstärkte französische und russische Aufrüstung und den mit französischem Kapital finanzierten Ausbau des westrussischen Eisenbahnnetzes. Die russischen Maßnahmen wiederum verstärkten in Deutschland die Überzeugung, dass nach deren Abschluss 1917 mit einem Angriff Russlands gerechnet werden müsse. Die Erwartung, dass ein europäischer Krieg früher oder später nicht

zu vermeiden wäre, führte bei den führenden Schichten aller Völker zu einem Fatalismus in der Qualität einer sich selbst erfüllende Prophezeiung. Der **Militarismus**, speziell seine Ausprägung, in der auch Politiker den Krieg als Ultima Ratio respektierten, löste im Fall einer Krise einen militärisch-strategischen Automatismus zum Kriege hin aus, den die verantwortlichen Staatsmänner glaubten nicht anhalten zu dürfen.

Die Diskussion über die »Kriegsschuld« hat mehr als ein halbes Jahrhundert lang nicht nur die Historiker beschäftigt. Die seit den sechziger Jahren heftig umstrittene These von der Hauptverantwortung des Deutschen Reiches am Kriegsausbruch hat sich im Wesentlichen durchgesetzt. Weit gehende Übereinstimmung besteht heute jedoch in der Ablehnung jener These, dass die Reichsleitung von langer Hand auf einen Krieg hingearbeitet habe.

Um in dem Zweifrontenkrieg gegen Frankreich im Westen und gegen das Zarenreich im Osten überhaupt eine Chance zu haben, sahen die deutschen Kriegspläne vor, zuerst Frankreich in einer gigantischen Umfassungsopeation vernichtend zu schlagen und sich dann gegen Russland zu wenden. Der nach dem Urheber der Idee später so benannte »Schlieffenplan« sah hierzu die Verletzung der Neutralität Luxemburgs und Belgiens vor, was England den Anlass zum Kriegseintritt gab. Die deutsche Offensive scheiterte Anfang September an der Marne, und anschließende Versuche der Gegner, sich gegenseitig jeweils nördlich zu umfassen, dehnten die Front in einem »Wettlauf zum Meer« bis an die französische Kanal-küste aus. Gegen Ende des Jahres erstarrte die Front auf 700 Kilometern von Flandern bis in die Vogesen im Stellungskrieg.

Der aus der Notlage des Zweifrontenkrieges entstandene Plan, zuerst Frankreich schnell und

S In einem Staat mit ausgeprägtem **Militarismus** wird jegliches Leben von militärischen Denkweisen und Wertvorstellungen dominiert. Militärische Prinzipien, wie beispielsweise das System von »Befehl und Gehorsam«, finden ihre Übertragung in das Zivilleben. Weitere Kennzeichen des Militarismus sind: Überzeichnete Feindbilder, Überzeugung von der Unvermeidlichkeit von Kriegen, hohe Rüstungsausgaben, überdurchschnittlich hohes Ansehen von Offizieren und Soldaten in Staat und Gesellschaft, demonstratives Tragen von Uniformen und Rang- und Ehrenzeichen in der Öffentlichkeit und Erziehung zu Disziplin und blindem Gehorsam in den Schulen.

Kolonialmächte und Kolonialgebiete 1914



Als **Imperialismus** bezeichnet man die Expansionspolitik eines wirtschaftlich entwickelten Staates mit dem Ziel, jenseits seiner Grenzen »unterentwickelte« Gebiete von sich politisch und wirtschaftlich abhängig zu machen und diese in einem Reich zusammenzufassen.

Der Begriff selbst wurde um die Mitte des 19. Jahrhunderts Bestandteil der Umgangssprache und bezog sich zunächst auf das Regierungssystem des französischen Kaisers Napoleon III. Wenig später verwendeten ihn die britischen Liberalen als Kampfpapole gegen den konservativen Parteiführer Disraeli, der den Ausbau des Empires zu einem vordringlichen Ziel der Außenpolitik Großbritanniens erklärte. Im historischen Kontext versteht man unter dem »Zeitalter des Imperialismus« den Abschnitt der Weltgeschichte von ungefähr 1880 bis 1918, in dem die bedeutendsten Industriemächte der Erde einschließlich Russland Formen der politischen und wirtschaftlichen Machtausdehnung entwickelten, die wir heute als »imperialistisch« bezeichnen. In dieser Zeit versuchten die Großmächte, andere Teile der Erde ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die letzten noch unabhängigen Gebiete durch imperiale Mächte unterworfen. Bei der überseeischen Ausdehnung kam es zu einem scharfen Wettbewerb der Staaten untereinander und in der Folge zu zahlreichen Konflikten, die am Ende in den Ersten Weltkrieg mündeten.



009 Der Friedensbote.
In Neu-Guinea ist die Ruhe wiederhergestellt.
Farbdruck nach Zeichnung von Richard Rost, 1911.



010 Offizier der Schutztruppe auf einem Stuhl sitzend.
Ostafrikanische Skulptur, um die Jahrhundertwende.

vernichtend zu schlagen, war der erste von vier militärstrategischen Ansätzen des Deutschen Reiches, den Krieg in einem Anlauf zu entscheiden oder ihm die erfolgreiche Wendung zu geben. Hiernach, geboren aus dem »Patt« des mörderischen Stellungskrieges, kam der deutsche Angriff auf Verdun 1916. Durch einen kalkulierten Einsatz deutscher Kräfte sollten die Franzosen bei der Verteidigung dieses nationalen Prestigeobjekts »verbluten«, der Kampfwille der französischen Nation sollte so gebrochen und damit eine Entscheidung zu Gunsten des Deutschen Reiches herbeigeführt werden. Der Plan scheiterte, denn die Schlacht verschlang gleichermaßen die Truppen beider Seiten. Der dritte militärstrategische Ansatz war der »uneingeschränkte« U-Bootkrieg seit dem 1. Februar 1917 als Antwort auf die britische Seeblockade. In fünf oder sechs Monaten müsste England zusammenbrechen, so die Zusage der Marineleitung, doch nach Anfangserfolgen scheiterte auch diese Konzeption an wirkungsvollen Gegenmaßnahmen wie Konvoibildung und U-Bootabwehr. Der letzte Versuch bestand darin, im Frühjahr 1918, bevor sich die militärische Stärke der USA voll auswirken würde, noch einmal alles auf eine Karte zu setzen und mithilfe der im Osten durch die Niederlage Russlands frei gewordenen Kräfte die militärische Entscheidung im Westen zu erzwingen. Nach einem Vorstoß von 60 Kilometern Tiefe fuhr sich die Offensive jedoch fest. Die Niederlage des deutschen Heeres war nicht mehr abzuwenden.

Im kollektiven Gedächtnis der Briten und Franzosen, aber auch der Deutschen, sind die mörderischen Materialschlachten für den Ersten Weltkrieg charakteristisch. Die »vergessene Front« im Osten und auf dem Balkan wird dabei leicht übersehen. Hier gab es, unterbrochen von

Phasen des Stellungskrieges, noch den weiträumigen Bewegungskrieg. Mehrmals selbst vor dem Abgrund der Niederlage stehend, gelang es hier den Verbündeten Österreich-Ungarn und Deutschland, auf dem Balkan unterstützt von Bulgarien und dem Osmanischen Reich, durch operative Kriegführung schließlich 1917 Russland und Rumänien zur Bitte um Waffenstillstand zu zwingen.

Doch »spektakulärer« waren natürlich die Schlachten im Westen, die mit einem gigantischen Materialaufwand und unter bewusster Inkaufnahme von ungeheuren Verlusten geführt wurden. In den sechs Monaten der »Hölle von Verdun« verloren die Franzosen 367 000 und die Deutschen 337 000 Mann. Die britische Offensive an der Somme, die am 1. Juli 1916 nach siebentägigem Trommelfeuer losbrach, kostete am ersten Tag 60 000 Soldaten der Royal Army das Leben. In den fünf Monaten bis Ende November setzten die Angreifer rund zweieinhalb Millionen Soldaten ein und hatten 700 000 Mann Verluste, die Verteidiger verloren ein Drittel ihrer Truppen, die rund eineinhalb Millionen Männer umfasst hatten.

Als die britische Flotte, anders als von der »Tirpitz-Schule« erwartet, sich keineswegs auf eine enge Blockade der deutschen Nordseeküste einließ, sondern eine Fernblockade der Nordseeausgänge errichtete und damit das Risiko einer Schlacht in der südlichen Nordsee gegen die im Verhältnis drei zu zwei unterlegene kaiserliche Hochseeflotte gar nicht einzugehen brauchte, wurde deutlich, dass die deutsche Flotte eine gigantische strategische und politische Fehlplanung war. Die Seeschlacht vor dem Skagerrak ist ein zusätzlicher Beweis dafür, weil sie strategisch nicht das Geringste bewirkt hat. Hingegen trug die britische Blockade langfristig entscheidend



011 Deutsche U-Boote rüsten sich zu einer Unternehmung. Foto, 1917.



Erich von Falkenhayn,
 »Allgemeine Bemerkungen über den
 Stellungskrieg« (25. November 1914)

Der Stellungskrieg, der zum Synonym für den Ersten Weltkrieg wurde, wird von dem Chef des Generalstabes des Feldheeres als die vorübergehende Kampfform des Westtheeres gesehen.

»In der nächsten Zeit gilt es vor allem, die gewonnene Linie unbedingt zu halten. Hierbei darf jedoch der Angriffsgedanke nicht verlorengehen; es muß vielmehr jede Gelegenheit wahrgenommen werden, vorwärts gelegenes Gelände in Besitz zu nehmen. Auch kleinere derartige Unternehmungen erhalten den Angriffsgeist der Truppe, wirken der Erschlaffung entgegen und entbehren nicht des Eindrucks auf den Feind. Vorbedingung für das Gelingen aller Unternehmungen ist ihre gründlichste Vorbereitung; [...] Was genommen ist, muß unbedingt gehalten werden. [...]

3. Um ein unbedingtes Halten unserer Stellungen zu gewährleisten, sind zunächst die vordersten Linien mit allen Mitteln weiter zu befestigen. [...]

10. Die Stimmung der Truppen frisch zu erhalten, muß mit allen Mitteln angestrebt werden. [...]

11. Unsere Stellung trägt für die nächste Zeit in gewissem Sinne den Charakter von Gefechtswinterquartieren [...]. Es wird aber auch hier wiederholt, daß in diesen Winterquartieren der Wille, vorwärts zu kommen, unter keinen Umständen einschlafen darf [...]! Täte er es an irgendeiner Stelle, so würde die Gefahr des Verlustes des Feldzuges nahe heraufbeschworen werden.«

Zit. nach: Der erste Weltkrieg. Dokumente. Hrsg. von Helmut Otto und Karl Schmiedel, Berlin 1977 (= Schriften des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR), S. 109



012 Der Krieg (Mittelteil des Triptychons).
 Öl auf Leinwand von Otto Dix, 1929–1932.

013 Die Schlacht vor dem Skagerrak am 31. Mai 1916, 8 Uhr 15 abends, Signal »Ran an den Feind«.
 Öl auf Leinwand von Carl Wilhelm Malchin.



zur Niederlage der Mittelmächte bei. Nicht nur auf dem Rohstoffsektor, vor allem auch auf die Ernährungslage wirkte sie sich verheerend aus, große Teile der Bevölkerung, vor allem in den Städten, litten Hunger. Als 1916 auch noch die Kartoffelernte schlecht ausfiel, mussten Steckrüben als Ersatz herhalten.

Die deutsche Marineleitung war wegen der zahlenmäßigen Unterlegenheit und zu geringer Reichweite der Hochseeflotte gegenüber der Fernblockade zur Ohnmacht verdammt. Daher entstand der Plan, im Gegenzug die Seezufuhren Großbritanniens durch das neue Waffensystem Unterseeboot zu blockieren und England so zum Frieden zu zwingen. Im Februar 1915 wurde ein internationales Seegebiet rings um die britischen Inseln zum Kriegsgebiet erklärt, in dem jedes Handelsschiff mit einem Angriff zu rechnen hatte. Völkerrechtlich war das äußerst fragwürdig, und anstatt die neutrale Schifffahrt abzuschrecken, kam es zu einem Proteststurm. Mit Rücksicht auf die USA kehrte die Reichsleitung zeitweise wieder zu dem nur gegen feindliche Handelsschiffe gerichteten »eingeschränkten« U-Bootkrieg zurück. Die deutsche Öffentlichkeit sah mehr und mehr im »uneingeschränkten« U-Bootkrieg, dem Versenken von Handels-

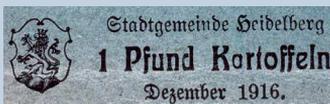
schiffen ohne Vorwarnung, das Allheilmittel zur Wende der Kriegslage. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung, des Admiralstabes und der Obersten Heeresleitung (OHL) wurde der »uneingeschränkte« U-Bootkrieg im Februar 1917 wieder aufgenommen mit der Folge des Kriegseintritts der USA. Somit standen im Sommer 1918 zusätzliche 600 000 amerikanische Soldaten an der Westfront den deutschen Kräften gegenüber.

Der Krieg verursachte auf beiden Seiten unermessliche Kosten. Wer sie schließlich begleichen sollte, war beiden Seiten klar: der unterlegene Gegner. Entsprechend hoch gesteckt waren die jeweiligen Kriegsziele jener Gruppierungen, für die nur ein »Siegfrieden« in Frage kam. Im Deutschen Reich vertraten die Mehrheitsparteien des Reichstages zwar einen »Verständigungsfrieden« und bildeten einen Interfraktionellen Ausschuss, um die Reichsleitung auf diese Linie zu bringen, kamen aber gegen die »Halbdiktatur« der 3. OHL nicht an, die mit der neu gegründeten Deutschen Vaterlandspartei ein Agitationsinstrument für den »Siegfrieden« besaß. Friedensinitiativen des Papstes Benedikt XV. und des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson hatten in beiden Lagern keine reale Chance.



10

014 Die deutsche Propaganda dementierte den Hunger sowohl an der Front als auch in der Heimat mit drastischen Postkarten.



015 Lebensmittelmarke der Stadtgemeinde Heidelberg vom Dezember 1916.



»Verordnung über die Einschränkung des Kuchenbackens« (25. März 1915)

Angesichts der Lebensmittelknappheit wurde versucht, durch Verordnungen den Verbrauch der Bevölkerung einzuschränken.

»§ 1 Hefe, Backpulver und ähnlich wirkende Mittel dürfen zum Bereiten von Kuchen nicht verwendet werden.

§ 2 Vom 26. März bis 12. April 1915 ist das Bereiten von jeglichem Kuchen in den Haushaltungen untersagt. In der gleichen Zeit dürfen Bäckereien, Konditoreien und ähnliche Betriebe Kuchenteig, der außerhalb ihres Betriebes hergestellt ist, nicht verbacken [...]

§ 4 Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden gemäß § 44 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 25. Januar 1915 (Reichsgesetzblatt S. 35) mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Auch kann gemäß § 2 derselben Bekanntmachung die Schließung der Geschäfte angeordnet werden.«

Zit. nach: Deutschland im Ersten Weltkrieg.

Hrsg. von Ulrich Cartarius, München 1982, S. 69

Kapitel I – Umfeld:

Militär, Staat und Gesellschaft im Krieg

1. Der Weg in den Krieg

Seit der ►Balkankrise von 1908 bedrohte das Kriegsszenario Europa. Die britisch-französische *Entente Cordiale* (franz.; herzliches Einverständnis), seit 1907 durch Beitritt von Frankreichs langjährigem Bundesgenossen Russland zur »Triple-Entente« erweitert, war fest gefügt. Die meisten führenden Politiker Europas hielten einen Krieg der Großmächte für unvermeidbar und unternahmen kaum etwas, ihn zu verhindern. Um diesen Verlauf abzuwenden, hätte das Deutsche Reich gegenüber Frankreich in der Frage um Elsass-Lothringen und gegenüber England in der Flottenpolitik zu Zugeständnissen bereit sein müssen. Zeitgeist und Weltmachtstreben erlaubten jedoch beides nicht, gewaltige innenpolitische Umbrüche wären die Folge gewesen. Die Regierung stand unter dem Druck bewusst geschürter imperialistischer Forderungen breiter Bevölkerungskreise, und es war fraglich, ob das kaiserliche Beamtenregime außenpolitische Rückschläge ohne strukturelle Veränderungen überstanden hätte. Auch von den anderen Großmächten war keine bereit, auf dem diplomatischen Parkett eine »Schlappe« zu riskieren, eher nahmen alle einen Krieg in Kauf.

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaars durch serbische Nationalisten am 28. Juni 1914 entzündete die Lunte am »Pulverfass Europa«. Die Frage war, ob es wie in den

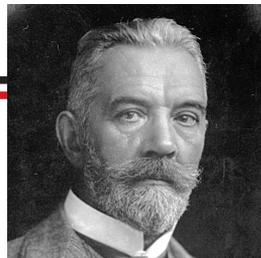


019 Gefallen. Kohlezeichnung von Käthe Kollwitz, 1921.

►Balkankrisen 1908/09 und 1912/13 noch einmal gelingen würde, den Funken auszutreten und einen »Großen Krieg« zu verhindern. Auf der einen Seite standen das Deutsche Reich und sein einziger zuverlässiger Bundesgenosse, die mehr und mehr an politischem Gewicht einbüßende österreichisch-ungarische Vielvölkermonarchie, auf der anderen Seite Frankreich und Russland mit Großbritannien, dessen Kriegseintritt als sicher galt, wenn deutsche Truppen die belgische Neutralität verletzen würden. Und genau das sah der alternativlose deutsche Kriegsplan vor. Die Konsequenzen waren der deutschen politischen Leitung voll bewusst. War der Kriegsausbruch also ein automatischer Prozess auf Grund militärischen Kalküls? Ein Präventivschlag des »eingekreisten« Reiches oder ein willkommener, vielleicht sogar gezielt

12

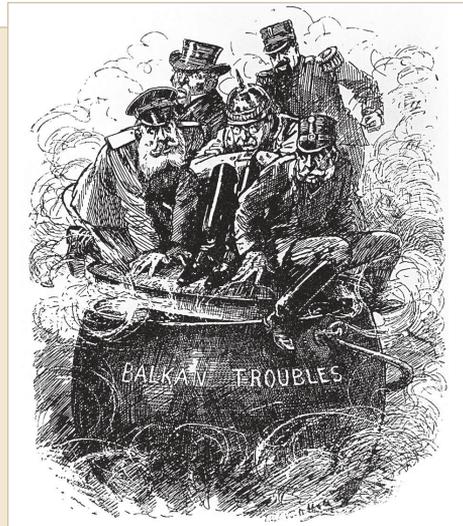
Deutsche Reichskanzler
im Ersten Weltkrieg



1909–1917

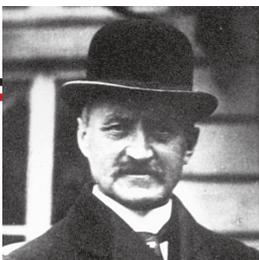
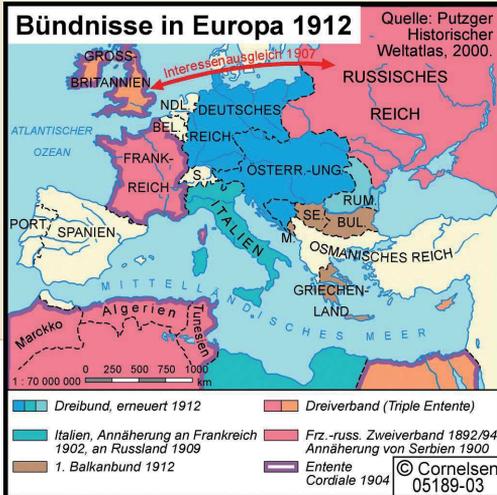
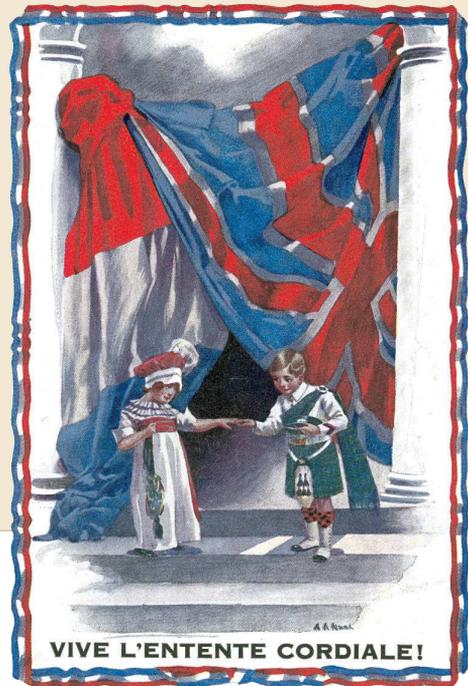
020
Theobald von
Bethmann-Hollweg.

Die Schwäche des Osmanischen Reiches war der Grund für die **Balkanriege 1912/13**. Das Osmanische Reich, der »Kranke Mann am Bosphorus«, war durch die Revolution der Jungtürken 1907/08 sowie den Tripolis-Krieg mit Italien (1911/12) stark angeschlagen. In dieser Situation ergriffen die Balkanbundstaaten Serbien, Griechenland, Montenegro und Bulgarien die Gelegenheit, um die restlichen verbliebenen osmanischen Provinzen auf dem Balkan zu erobern. In weniger als zwei Monaten Krieg sollte das Osmanische Reich beinahe fast alle seine europäischen Besitzungen verlieren. Unter Vermittlung der europäischen Großmächte wurde am 30. Mai der Londoner Vertrag geschlossen, der den Ersten Balkankrieg beendete. Die Hohe Pforte musste auf alle europäischen Gebiete westlich der Linie zwischen Midia am Schwarzen Meer und Enos an der Ägäisküste verzichten, die Insel Kreta kam zu Griechenland. Unstimmigkeiten bei der Verteilung der im Ersten Balkankrieg eroberten Gebiete, insbesondere von Makedonien, führten schließlich noch im selben Jahr zu einem weiteren Waffengang. Die Hohe Pforte hoffte, einen Teil ihrer im Ersten Balkankrieg verlorenen Gebiete zurückgewinnen zu können. Aus den Friedensverhandlungen ging Serbien als politisch und territorial gestärkte Macht auf dem Balkan hervor.



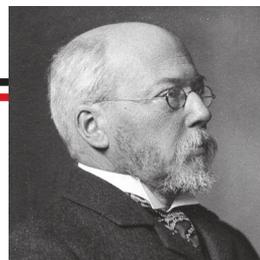
021 Die europäischen Mächte auf dem Pulverfass Balkan. Zeitgenössische Karikatur.

022
»Lang lebe die Entente Cordiale!«
Zeitgenössische englische Postkarte.



1917

023
Georg Michaelis.



1917-1918

024
Georg von Hertling.



025 Kaiserbildnis mit Zitat und faksimilierter Unterschrift. Postkarte, 1916.

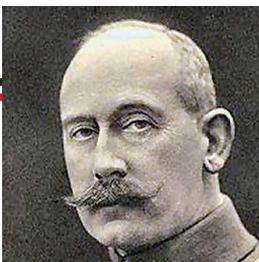
herbeigeführter Krieg im Rahmen eines deutschen imperialistischen Programms?

Subjektiv empfanden die Deutschen: »Mitte im Frieden überfällt uns der Feind.« Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Streit um die »Kriegsschuld« erst nach Kriegsende durch den Versailler Vertrag entbrannte, in dessen Artikel 231 von einem den »alliierten und assoziierten Regierungen« durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieg die Rede war. Von den Alliierten in erster Linie als Begründung für ihre Reparationsforderungen gedacht, wurde der »Schmachartikel« als moralischer Schuldvorwurf empfunden, und die deutsche Geschichtswissenschaft setzte alles daran, die Behauptung der deutschen Alleinschuld zu widerlegen: Das »eingekreiste« Deutsche Reich hätte in Notwehr vor allem gegen die heranrollende »russische Dampfwalze« gehandelt. Später wurde von angelsächsischen Historikern die abwegige These vom leichtfertigen Versagen aller Regierungen vertreten. Erst 1961 entfachte der Hamburger Historiker Fritz Fischer mit seinem Buch »Griff nach der Weltmacht« erneut eine hitzige wissenschaftliche Auseinandersetzung, die die »Fischer-Kontroverse«, indem er eine im-

perialistische und aggressive Grundtendenz der deutschen Politik und damit die Hauptschuld Deutschlands am Kriegsausbruch zu belegen suchte. Zehn Jahre später wurden die Tagebuchaufzeichnungen Kurt Riezlers, des persönlichen Referenten von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, publiziert, die Fischers Thesen zum Teil entschärfen und die deutsche Politik als eine »Konzeption des kalkulierten Risikos« erscheinen lassen.

Demnach war in der Julikrise 1914 das Verhalten der politischen Leitung des Reiches – im Gegensatz zur militärischen Führung – zunächst nicht vom Präventivkriegsdenken geprägt. Bethmann Hollweg und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gottlieb von Jagow glaubten, nach dem Mord von Sarajewo wegen des angeschlagenen Prestiges Österreich-Ungarns eine Demütigung der Doppelmonarchie nicht hinnehmen zu können. Für eine Aufwertung des Bundesgenossen, aber auch mit dem Ziel einer offensiven Nutzung der Krise, waren sie bereit, den Krieg zu riskieren, spekulierten aber darauf, ihm ausweichen zu können, weil die gegnerischen Mächte sich »rational« verhalten und es bei einer diplomatischen Kraftprobe belassen würden. Es ging also darum, ob Russland eine Aktion, die seine vitalen Interessen nicht betraf, hinnehmen würde, nämlich eine österreichische »Strafaktion« gegen seinen Schützling Serbien, das als Machtfaktor weit gehend ausgeschaltet werden sollte. Würden England und Frankreich ihren Bündnispartner Russland vom Krieg abhalten, so könnte sogar die gegnerische Allianz wegen der russischen Enttäuschung darüber Risse bekommen. Sollten aber die Russen zum Krieg entschlossen sein, dann würden die Mittelmächte als die Angegriffenen dastehen, innenpolitisch von immenser Bedeutung im Hinblick auf die Haltung der Sozialdemokraten.

14



1918

026
Max von Baden.



1918–1919

027
Friedrich Ebert.



Fritz Fischer

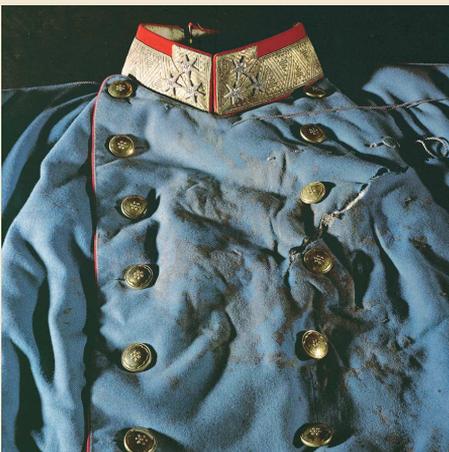
»Der Griff nach der Weltmacht« (1961)

Der von Fischer herausgestellte Zusammenhang zwischen der deutschen »Weltpolitik« und den Kriegszielen des kaiserlichen Deutschlands während des Ersten Weltkrieges war ein Grund für die kontroverse Diskussion seines Werkes, die als »Fischer-Kontroverse« in die Geschichte eingegangen ist.

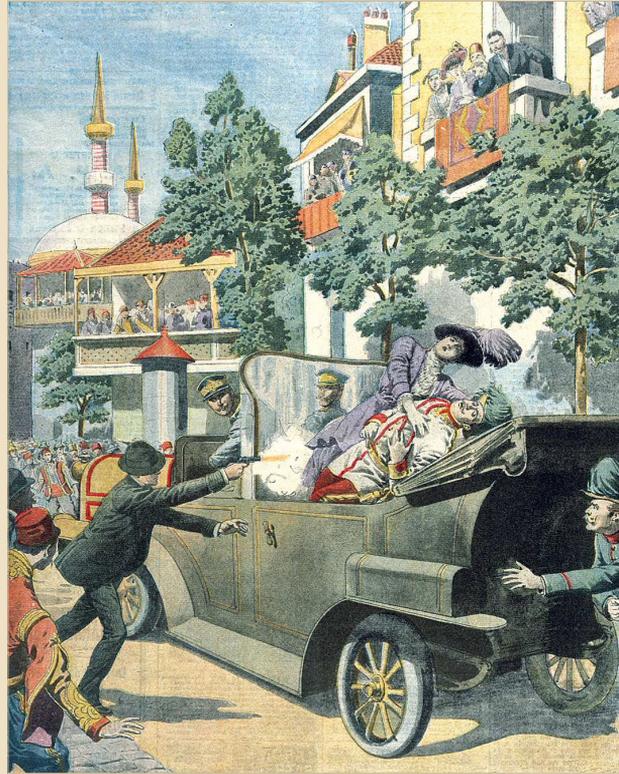
»Der rückschauende Betrachter erkennt in dem Kriegszielprogramm des Kanzlers unschwer Objekte deutscher Wirtschaftsbestrebungen der Vorkriegszeit, wie z.B. die in Belgien, Luxemburg und Lothringen, die aber nunmehr durch die Mitteleuropakonzeption und eine antienglische Spitze gekennzeichnet waren. [...]

Die Durchsetzung dieses Programms hätte eine vollständige Umwälzung der staatlichen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse in Europa herbeigeführt. Die besondere Bedeutung des Septemberprogramms [...] lag in zwei Punkten. Einmal stellte das Programm keine isolierten Forderungen des Kanzlers dar, sondern repräsentierte Ideen führender Köpfe der Wirtschaft, Politik und des Militärs. Zum anderen waren [...] die in dem Programm niedergelegten Richtlinien im Prinzip Grundlage der gesamten deutschen Kriegszielpolitik bis zum Ende des Krieges, wenn sich auch je nach der Gesamtlage einzelne Modifikationen ergaben.«

Zit. nach: Fritz Fischer, Der Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918, Düsseldorf 1961, S. 93 f.



030 Uniform Franz Ferdinands, getragen bei seiner Ermordung.



028 Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gattin durch Gavril Princip am 28. Juni 1914 in Sarajewo. Farbdruck, 1914.

029 Serbien lehnt das auf 48 Stunden befristete, österreichisch-ungarische Ultimatum ab. Extra-Blatt des Berliner Tageblatt vom 25. Juli 1914.





031 Französische Karikatur auf Kaiser Franz Joseph und das deutsch-österreichische Bündnis.

So wurde die Donaumonarchie am 5./6. Juli 1914 durch den später so genannten deutschen **Blankoscheck** zu einer Strafaktion gegen Serbien gedrängt, ging aber nicht mit der Schnelligkeit vor, die für ein Gelingen des leichtfertigen Vabanque-Spiels geboten gewesen wäre, so lange nämlich noch überall helle Empörung über die serbischen »Königsmörder« herrschte. Erst am 23. Juli stellte Österreich den Serben ein Ultimatum, die zwei Tage später zur allgemeinen Überraschung die Forderungen des Ultimatums weit gehend akzeptierten. Damit schien sich die Lage zu entspannen, wenn auch gerade erst der französische Staatspräsident Raymond Poincaré den Russen bei seinem Staatsbesuch in St. Petersburg die volle Unterstützung Frankreichs zugesichert hatte. Daraufhin beschloss

der russische Kronrat am 25. August, Serbien zu unterstützen, das noch am selben Tag mit der Mobilmachung begann. Inzwischen war Österreich-Ungarn fest entschlossen, mit Serbien »abzurechnen«. Dennoch wirkte die österreichische Kriegserklärung an Serbien am 28. Juli auf die Öffentlichkeit schockierend. Jetzt war der »Große Krieg« unvermeidlich. Auf deutscher Seite wagte niemand, die Österreicher zurückzuhalten. Je mehr die deutsche politische Leitung ab Mitte Juli das Scheitern ihres Konzepts fürchten musste, um so mehr näherte sie sich resignierend den Präventivkriegskonzeptionen der Militärs an.

Auch **Wilhelm II.** hatte die Größe der Kriegsgefahr nicht erkannt. Nach außen eher ein Scharfmacher, innerlich aber unsicher und ängstlich, ging er Anfang Juli mit der Yacht **Hohenzollern** auf eine Nordlandreise. Erst nach der Rückkehr am 27. Juli wurde er sich der drohenden Katastrophe bewusst. Mit mehreren Telegrammen versuchte »Willy« seinen »lieben Nicki« aufs Stillhalten einzuschwören. Doch Zar Nikolaus II. kam gegen die Argumente der führenden Politiker und seines Generalstabes nicht an. Beiden Kaisern waren wesentliche Teile ihrer vermeintlichen Machtfülle schon aus den Händen geglitten. Demzufolge begannen am 29. Juli die Russen mit der Mobilmachung.

Seit diesem Zeitpunkt ordnete sich auf deutscher Seite alles nur noch den militärischen Erfordernissen unter, keinen weiteren Tag zu verlieren, die Diplomatie diente nur noch der Abschirmung. Nachdem ein deutsches Ultimatum an Russland, die Mobilmachung anzuhalten, unbeantwortet geblieben war, erklärte Deutschland am 1. August Russland und zwei Tage später Frankreich den Krieg. Der deutsche Einmarsch in Belgien war dann der äußere Anlass für den Kriegseintritt Englands am 4. August 1914.

16



Franz Joseph I. (1830–1916)

B Kaiser von Österreich – Einige Jahre vor seinem Tod bezeichnete sich Franz Joseph I. selbst als »den letzten Monarchen der alten Schule«. Mit 18 Jahren kam Franz Joseph im Revolutionsjahr 1848 an die Macht. Er brachte den revolutionären Ausbrüchen des Jahres 1848 keinerlei Verständnis entgegen. Nach Unterdrückung der Aufstände durch Kaiser Ferdinand, seinen Onkel, brach mit Franz Joseph die Zeit des österreichischen Neoabsolutismus an. Erst mit der Einsetzung einer neuen Regierung unter der Leitung des liberalen Anton von Schmer-

032 Franz Joseph I., Öl auf Leinwand von J. Siegert, 1895.



Wilhelm II. (1859–1914)

B Deutscher Kaiser und König von Preußen – Wilhelm II. stand früh in Opposition zur liberalen Aufgeschlossenheit seiner Eltern und beabsichtigte die Errichtung einer »persönlichen Monarchie«. Seinen Führungsanspruch, der unmittelbar nach der Thronbesteigung zum offenen Konflikt und schließlich zur Entlassung von Bismarck führte, legitimierte er durch das Gottesgnadentum.

Wilhelms »persönliches Regiment« unterwanderte bei dem Versuch, alle militärischen, außen- und personalpolitischen Entscheidungen selbst zu treffen, die bestehende Beamten- und Soldatentradition und schuf somit neue »byzantinische« Verhaltensweisen und Entscheidungsstrukturen, die in hohem Grade von ihm persönlich abhängig waren. Sein Festhalten an dem Tirpitz'schen Schlachtfloottenbau sabotierte alle Bemühungen des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes um eine Verständigung mit Großbritannien.

Durch seine unbedachten außenpolitischen Auftritte hinterließ er einen diplomatischen »Scherbenhaufen«, der Deutschland zunehmend in die Isolation trieb. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges trat er gegenüber der Obersten Heeresleitung und dem Reichstag vollkommen in den Hintergrund.

Der Versailler Vertrag sah die Auslieferung Wilhelms und die Anklage als Kriegsverbrecher vor, dennoch konnte er nach der Niederlage Deutschlands im niederländischen Exil in Doorn bis zu seinem Tod 1914 unbehelligt weiterleben.



033 Wilhelm II.
Öl auf Leinwand von Felix Ehrlich, um 1897.



Kaiser Wilhelm II., »Handschriften an Kaiser Franz Joseph« (14. Juli 1914)

Nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Frau in Sarajewo sicherte der deutsche Kaiser Österreich die unbedingte Bündnistreue Deutschlands zu. Dieser so genannte Blankoscheck ermöglichte die Kriegserklärung Österreichs an Serbien.

»Durch Deinen [...] Botschafter wird Dir meine Versicherung übermittelt worden sein, dass Du auch in den Stunden des Ernstes mich und mein Reich in vollem Einklang mit unserer altbewährten Freundschaft und unseren Bundespflichten treu an Eurer Seite finden wirst. Dir dies an dieser Stelle zu wiederholen ist mir eine freudige Pflicht.

Die Grauen erregende Freveltat von Sarajewo hat ein grelles Schlaglicht auf das unheilvolle Treiben wahnwitziger Fanatiker und die den staatlichen Bau bedrohende panslawistische Hetzarbeit geworfen. [...] Ich erachte es [...] nicht nur für eine moralische Pflicht aller Kulturstaaten, sondern als ein Gebot für ihre Selbsterhaltung, der Propaganda der Tat, die sich vornehmlich das feste Gefüge der Monarchien als Angriffsobjekt ausersieht, mit allen Machtmitteln entgegenzutreten. Ich verschließe mich auch nicht der ernststen Gefahr, die Deinen Ländern und in der Folgewirkung dem Dreibund aus der von russischen und serbischen Panslawisten betriebenen Agitation droht, und erkenne die Notwendigkeit, die südlichen Grenzen Deiner Staaten von diesem schweren Druck zu befreien.«

Zit. nach: Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Bd 2. Hrsg. von Johannes Hohlfeld, Berlin 1952, S. 278 f.

ling kündigte sich für das Jahr 1861 der seit langem überfällige Wechsel zur konstitutionellen Monarchie an. Innenpolitisch wurden die 1880er- und ein Teil der 1890er-Jahre stark von dem seit 1879 wirkenden Ministerpräsidenten Graf Eduard Taaffe geprägt. Mit Taaffes Hilfe setzte Franz Joseph, analog zu Bismarck in Preußen, eine Reihe von Sozialreformen durch. Privat wurde er immer wieder von schweren Schicksalsschlägen heimgesucht. Sein einziger Sohn Rudolf beging Selbstmord, seine Frau Elisabeth (»Sissi«) fiel 1898 in Genf einem Attentat zum Opfer. Trotz seiner starken Skepsis gegenüber Verfassungen generell zeichnete er sich durchaus durch einen liberalen Pragmatismus aus. Franz Joseph gilt bis heute als einer der populärsten Herrscher Österreichs.

2. Außenpolitik und Kriegsziele

Im Gegensatz zu Frankreich (Rheingrenze und nach Möglichkeit Rücknahme der Reichsgründung) und Russland (Vorherrschaft auf dem Balkan und über die türkischen Meerengen) hatte das Deutsche Reich keine konkreten »Kriegsziele«. Zunächst ging es lediglich um die Behauptung der eigenen Großmachtstellung in Europa und um die Verhinderung des weiteren politischen Niedergangs des österreich-ungarischen Verbündeten. Bald nach Kriegsausbruch wurden jedoch die Kriegsziele »konkretisiert« und ufernten in maßlose territoriale Forderungen aus. Sie hatten vielerlei Ursachen und Funktionen: Einerseits waren sie Ergebnis während des Krieges gemachter militärstrategischer und ökonomischer Erfahrungen und sollten zur Verbesserung der künftigen strategischen und wirtschaftlichen Lage dienen. Andererseits hatten sie aber auch die Funktion, durch die Aussicht auf zukünftige Gewinne den Durchhaltewillen zu stärken und langfristig den Bestand des konservativen deutschen Systems zu sichern.

Als Anfang September 1914 der Sieg im Westen greifbar nahe schien, fasste Reichskanzler ▶ Bethmann Hollweg die verschiedensten Ideen für einen Frieden mit Frankreich im so genannten ▶ Septemberprogramm zusammen: »Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit« durch Beseitigung der Großmachtstellung Frankreichs und Abdrängung Russlands nach Osten. Doch diese Forderungen täuschen über seine wahre Einstellung hinweg. Er war der Auffassung, wenn sich das Reich behaupten, also von der denkbar stärksten Feindkoalition nicht niedergerungen werden konnte, dann hätte es eigentlich den Krieg »gewonnen«. Die nationalkonservative Rechte war hingegen überzeugt, ein Friede,

der nur den territorialen *Status quo* (lat.; gegenwärtiger Zustand) bestätige, bedeute den »Verlust« des Krieges. Zwar schloss auch Bethmann Hollweg eine Machtausdehnung nicht grundsätzlich aus, doch stellten Gebietsaneignungen für ihn kein Ziel dar, für das man den Krieg um jeden Preis fortsetzen sollte, wenn man stattdessen einen Status-quo-Frieden haben konnte.

Um die 1914 vermeintlich errungene Eintracht der Parteien nicht zu gefährden, ließ sich Bethmann auf das »Septemberprogramm« ein, beging aber dann den Fehler, hierbei keinen klaren Standpunkt zu beziehen und sich nicht deutlich von den teilweise maßlosen Forderungen der konservativen und bürgerlichen Parteien zu distanzieren. Aus dem gleichen Grunde war auch die öffentliche Diskussion von Kriegszielen zunächst offiziell untersagt. Mit der Ende 1916 aufkommenden Erörterung der Kriegsziele in der Öffentlichkeit brach dann dieser »Burgfriede« zusammen, und es kam zu einer immer stärker werdenden Polarisierung zwischen gemäßigten Kräften, hier vor allem den Sozialdemokraten, die einen »Verständigungsfrieden« anstrebten, und der lange vorherrschenden »Siegfrieden-Mehrheit« mit zum Teil illusorischen Kriegszielen.

Für den Versuch, die gegnerische Allianz aufzubrechen, schien Russland das geeignete Objekt zu sein. Aber alle vorsichtigen Friedensfühler wurden abgewiesen. Im Frühjahr 1916 bemühte sich Bethmann Hollweg vergeblich, den amerikanischen Präsidenten Wilson als Vermittler zu gewinnen, der sich bis zu seiner Wiederwahl am Jahresende zurückhielt. Daher ergriff Bethmann Hollweg einseitig die Initiative. Am 12. Dezember 1916 wurde im Einverständnis mit den Verbündeten vor dem Reichstag die Friedensbereitschaft der Mittelmächte feierlich verkündet. Diesen Schritt verstanden die Alliiert-

18



034

Die deutsch-österreichische Waffenbrüderschaft »aufgefächert«. V.l.: die Chefs der Generalstäbe Feldmarschall Conrad von Hötzendorf und Generalfeldmarschall von Hindenburg, v.r.: Thronfolger Erzherzog Karl und Kronprinz Wilhelm, die Kaiser Franz Joseph I. und Wilhelm II.



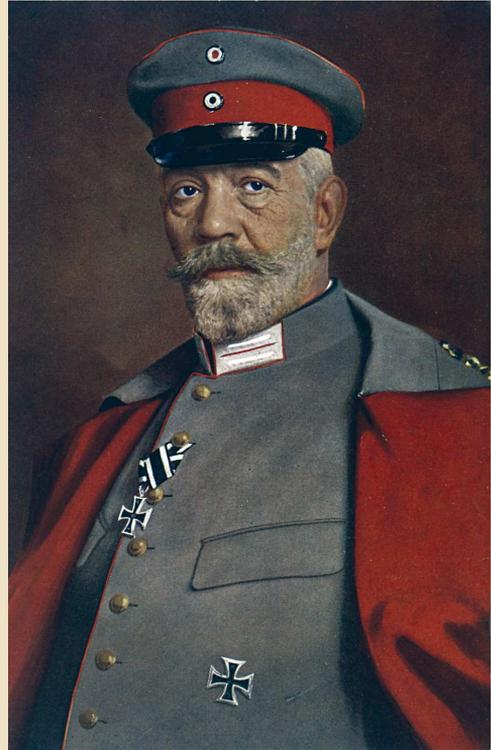
Theobald von Bethmann Hollweg
(1856–1921)

Preußischer Politiker – Bethmann Hollweg machte zunächst eine Karriere im preußischen Staatsdienst. Nach dem Sturz des Reichskanzlers Bernhard von Bülow ernannte ihn Wilhelm II. 1909 zum Reichskanzler, preußischen Ministerpräsidenten und preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

Erfolgos bemühte er sich im Flottenwettrüsten um einen Ausgleich mit Großbritannien. In der Julikrise 1914 trug er maßgeblich zur Eskalation des Konflikts bei, da er Österreich-Ungarn zu einem raschen Handeln gegen Serbien ermutigte. In der »Blankovollmacht« (6. Juli 1914) sicherte Bethmann Hollweg den Habsburgern die unbedingte Bündnistreue (»Nibelungentreue«) des Deutschen Reiches zu und schränkte damit dramatisch den diplomatischen Handlungsspielraum ein. Bei seinen Kriegszielvorstellungen blieb Bethmann Hollweg deutlich hinter den Vorstellungen des Militärs und denen der bürgerlichen Interessenverbände zurück, was zu seiner zunehmenden politischen Isolierung führte.

Zum offenen Konflikt mit der 3. Obersten Heeresleitung (OHL) unter Hindenburg und Ludendorff kam es wegen des Friedensangebots der Mittelmächte (12. Dezember 1916) und seines Widerstands gegen den »uneingeschränkten« U-Boot-Krieg, so dass er im Zusammenwirken von Heeresleitung, Hof sowie den Parteien des Reichstages am 13. Juni 1917 gestürzt wurde.

Mit seinem Abgang trat an die Stelle des Nebeneinanders von ziviler Reichs- und militärischer Heeresleitung die 3. OHL mit diktaturähnlichen Vollmachten.



035 Theobald von Bethmann Hollweg.
Kolorierte Porträtaufnahme, um 1915.



Theobald von Bethmann Hollweg, »Septemberprogramm« (9. September 1914)
Das Septemberprogramm, das die Unterschrift des Reichskanzlers Bethmann Hollweg trägt, gilt als das erste umfassende Kriegszielprogramm der deutschen Reichsleitung:

»Die Ziele des Krieges im einzelnen:

Frankreich. Von den militärischen Stellen zu beurteilen, ob die Abtretung von Belfort, des Westabhanges der Vogesen, die Schleifung der Festungen, die Abtretung des Küstenstrichs von Dünkirchen bis Boulogne zu fordern ist.

In jedem Falle abzutreten, weil für die Erzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey.

Ferner eine in Raten zahlbare Kriegsentschädigung; sie muß so hoch sein, daß Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten 15–20 Jahren erhebliche Mittel für Rüstungen aufzuwenden.

[...]

Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren (!).«

Zit. nach: Egmont Zechlin, Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. B 20/63 vom 15. Mai 1963, S. 42–44

ten ausschließlich als Zeichen der Schwäche und wiesen die Erklärung zurück. Ende des Jahres erließ dann auch Wilson einen Friedensaufruf, den die Entente mit so weit reichenden Forderungen beantwortete, dass dies praktisch die Kapitulation der Mittelmächte bedeutet hätte.

In dieser angespannten Situation am Jahresanfang 1917 drängten die OHL und die bürgerlich-konservative Reichstagsmehrheit auf Einsatz des vermeintlich letzten Mittels, des »uneingeschränkten« U-Bootkrieges. Da dieser Schritt den Kriegseintritt der USA zur Folge haben würde, war der Kanzler strikt dagegen. General Erich Ludendorff drohte mit dem Rücktritt der 3. OHL, und Bethmann Hollweg gab dem Druck der OHL und der öffentlichen Meinung schließlich nach – die politische Leitung kapituliert vor der militärischen Führung! Zum 1. Februar 1917 erklärte das Deutsche Reich den Beginn des »uneingeschränkten« U-Bootkrieges, am 3. Februar brachen die USA die diplomatischen Beziehungen ab und am 6. April erklärten sie dem Deutschen Reich den Krieg. Für das Deutsche Reich bedeutete dies, dass sein Kampf nun aussichtslos war. Global gesehen setzte damit eine entscheidende Wende ein: das Ende Europas als weltpolitisches Zentrum.

Der Admiralstab hatte vorhergesagt, dass England innerhalb von fünf Monaten zum Frieden gezwungen sein würde. Diese Rechnung ging nicht auf. Unter dem Eindruck des fehlgeschlagenen U-Bootkrieges und der zunehmenden Schwäche der Donaumonarchie gab der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger im Juli 1917 den Anstoß zu einem Beschluss des Reichstages, der sich zum »Frieden ohne Gebietsabtretungen« bekannte. Bethmann Hollweg hatte jeden Rückhalt verloren und trat daraufhin zurück. Durch seine »Politik der Diagonale«, die taktierend allen Richtungen gerecht zu werden

versuchte, war er für die Verfechter eines »Verständigungsfriedens« ein »Hindernis des Friedens«, für die Konservativen ein »Flaumacher«, der nicht auf den »Siegfrieden« setzte. An Bethmann Hollwegs Sturz war maßgeblich die OHL beteiligt, die nun faktisch eine Militärdiktatur errichtete, denn die beiden Kanzler-Nachfolger, der Ministerialbeamte Georg Michaelis und der greise Zentrumspolitiker Georg Graf von Hertling, besaßen nur noch wenig Einfluss.

Mit dem Zusammenbruch Russlands Ende 1917 schien sich das »Durchhalten« der Kriegszieldpartei gelohnt zu haben. Halb Osteuropa war von den Mittelmächten besetzt und konnte wirtschaftlich ausgebeutet werden. Hatte vor dem Krieg noch die Beurteilung des Zarenreichs zwischen »Koloss auf tönernen Füßen« und »unaufhaltsame Dampfwalze« geschwankt, so bildete sich jetzt die folgenschwere Fehleinschätzung heraus, dass Deutschland Russland ohne große Probleme niederringen und in seiner Abhängigkeit halten könnte. Der Gewaltfrieden von Brest-Litowsk sprach allen Beteuerungen eines Friedens ohne Gebietsabtretungen Hohn. Der Verhandlungsweg für die Kriegsbeendigung im Westen war damit ausgeschlossen. Lenin hatte die unerträglichen Friedensbedingungen nur akzeptiert, weil er den Sieg der Revolution im Innern sicherstellen musste, andererseits aber fest davon überzeugt war, dass nach den Lehren von Karl Marx die Revolution sehr bald auch die Gegner ergreifen würde.

In dem Glauben, die militärische Wende im Westen doch noch erzwingen zu können, ging Deutschland auf die von Wilson im Januar 1918 proklamierten »Vierzehn Punkte« nicht ein. Erst als die deutschen Frühjahrs- und Sommeroffensiven gescheitert waren, kam die Reichsleitung darauf zurück. Doch für einen Verhandlungsfrieden war es nun zu spät.

20



036 Medaille anlässlich der Versenkung des britischen Passagierdampfers LUSITANIA am 7. Mai 1915, von einem Privatunternehmer aufgelegt.



Georg Michaelis (1857–1936)

B Deutscher Politiker – Der promovierte Jurist stieg nach einer Laufbahn in der preußischen Verwaltung nach Beginn des Krieges zum Vorsitzenden der Reichsgetreidestelle auf. Anfang 1917 ernannte man den fähigen Organisator zum preußischen Staatskommissar für Volksernährung. Nach der Demontage Bethmann Hollwegs wurde der weit gehend unbekannte Michaelis Verlegenheitskandidat der Obersten Heeresleitung (OHL) für die Nachfolge des scheidenden Kanzlers. Im Kalkül der Militärs spielte weniger seine hohe Fachkompetenz für Kriegswirtschaftsfragen als vielmehr die politische Profillosigkeit des Kandidaten die entscheidende Rolle. Michaelis konnte der Errichtung einer de facto Militärdiktatur durch die OHL nichts entgegenstellen, da ihm durch sein Festhalten am preußischen Dreiklassenwahlrecht die Unterstützung der Reichstagsmehrheit versagt blieb. Angesichts seiner politischen Isolierung und wachsender Probleme eines immer totaler werdenden und die innenpolitischen Verhältnisse polarisierenden Krieges, reichte er am 31. Oktober 1917 seinen Rücktritt ein.



037 Foto, 14. Juli 1917.



038 Foto, 25. Februar 1918.



»Friedensresolution der Mehrheitsparteien des Reichstages« (19. Juli 1917)

Im Verlaufe des Krieges kam es immer wieder zu Friedensinitiativen. Letzten Endes scheiterten sie alle an der Unvereinbarkeit der Kriegsziele aller beteiligter Staaten.

»Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Throneide: ›Uns treibt nicht Eroberungssucht. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit und für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker.

Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen.

Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden.

Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

[...]

So lange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.«

Zit. nach: Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart.

Ein Quellenwerk für die politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung, Bd 2:

Das Zeitalter Wilhelms II. 1890–1918. Hrsg. von Johannes Hohlfeld, Berlin 1951, S. 354

3. Die Gesellschaft des Kaiserreichs im Krieg

Der Mythos von der grenzenlosen Kriegsbegeisterung in Europa im August 1914 ist eine spätere Übertreibung. Die nationale Begeisterung war echt, wurde aber nur von einer überwiegend »gebildeten« Minderheit getragen und war auch durchsetzt von Sorge. Der Jubel, unter dem die Dienstpflichtigen und Freiwilligen zu den Fahnen einrückten, entsprang einem dem Zeitgeist entsprechenden Ritual. Der Reichstag bewilligte mit überwältigender Mehrheit, auch der Abgeordneten der ▶ SPD, die Kriegskredite. Der Kaiser rief daraufhin den »Burgfrieden« unter den Parteien aus. Gleichzeitig übertrug der Reichstag dem Bundesrat für die Dauer des Krieges weit reichende Vollmachten zum Erlass von gesetzesgleichen Verordnungen. Die Verbitterung über den vermeintlich aufgezwungenen Verteidigungskrieg ermöglichte die Mobilisierung aller Bevölkerungsschichten.

Dieser Krieg unterschied sich grundlegend von allen bisherigen. Kein »Berufskriegerstand« oder »Kriegerstand auf Zeit« trug die eigentlichen Lasten, sondern alle wehrfähigen Männer des Deutschen Reiches: zu Kriegsbeginn fünf Millionen (7,5 Prozent der Bevölkerung), später elf Millionen (16,5 Prozent) und indirekt Millionen von Frauen, Männern und Kindern in der »kämpfenden Heimat«. Die Heimat war organisatorisch wenig auf den »Großen Krieg« vorbereitet, wurde doch allgemein eine Kriegsdauer von nur wenigen Monaten erwartet. Mit der Verhängung des Kriegszustandes ging die vollziehende Gewalt auf die territorialen militärischen Befehlshaber über, die – der Kommandogewalt des Kaisers unmittelbar unterstellt – nach eigenem Ermes-

sen entscheiden konnten, sei es in Ernährungs- und Arbeitskräftefragen oder in Fragen der Pressezensur.

Ziel der Reichsleitung war es, die innere Politik für die Dauer des Krieges »einzufrieren« und der Bürokratie zu überlassen. Doch konnten die mit längerer Kriegsdauer auftretenden Probleme nicht ohne parlamentarischen Rückhalt gelöst werden. Am 2. Dezember 1914 trat der Reichstag zusammen, übertrug die parlamentarischen Auseinandersetzungen dem Hauptausschuss, dessen Verhandlungen der Vertraulichkeit unterlagen, und vertagte sich zunächst wieder auf unbestimmte Zeit.

Schon im Oktober 1914 waren die geringen Vorräte an Rohstoffen für die Rüstungsindustrie und an Nahrungsmitteln aufgebraucht. Das Kaiserreich war nun nicht nur von Importen abhängig, die durch die englische Blockade unterbrochen wurden, sondern hatte seine Kriegswirtschaft auch noch nicht organisiert. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) ▶ Walther Rathenau schuf Ende 1914 beim Kriegsministerium eine ▶ Kriegsrohstoffabteilung, die er zunächst selbst leitete. Es entstand ein halb-planwirtschaftliches System, das aber die privaten Produktionsentscheidungen und Preisforderungen nie antastete und somit »Kriegsgewinnlern und Schiebern« Tür und Tor öffnete. Die Nahrungsmittelversorgung wurde bald zu einem Kernproblem, vor allem in den Städten. Das Reich, schon im Frieden auf Nahrungsmittelimporte angewiesen, sah sich im Krieg mit einem zusätzlichen Produktivitätsabfall der Landwirtschaft konfrontiert. Die Agrarier wehrten sich bis 1916 mit allen Mitteln gegen staatliche Kontrollmaßnahmen, und das daraufhin gegründete Kriegsernährungsamt vermochte die Erwartungen nicht zu erfüllen, weil es seine Höchstpreis-

22



039
Zeitungswerbung
für Kinderspielzeug,
1915.



040 »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!« Öl auf Leinwand von Fritz Genutat.

041
Extra-Blatt der Berliner Morgenpost vom 1. August 1914.

042
Kriegsausbruch und Mobilmachung. Kriegsbegeisterte Jugend auf dem Pariser Platz. Foto, 1. August 1914.



»Erklärung der SPD« (4. August 1914)
Die SPD bewilligt in der Erklärung die von der Regierung benötigten Kriegskredite.

»Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. (*Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.*) [...] Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. (*Lebhaftes allseitiges Bravo und Händeklatschen.*) Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und die Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, und denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu diesen werden sich bald zehntausende Verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. (*Sehr wahr!*) Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als eine zwingende Pflicht. (*Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.*) [...] (*Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.*) Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. [...]
Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite. (*Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.*)«

Zit. nach: *Unter Wilhelm II. 1890–1918. Hrsg. von Hans Fenske, Darmstadt 1982 (= Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, 7), S. 370 f.*

Die Seeblockade und ihre Auswirkungen

Großbritannien verhängte mit seinem Kriegseintritt am 4. August 1914 gegen das Deutsche Reich eine Seeblockade. Deutschland war nun von kriegswichtigen Einfuhren über See abgeschnitten. Die Blockade traf die deutsche Wirtschaft hart, denn in der Annahme eines kurzen Krieges sind keinerlei Vorräte angelegt worden. Die wichtigen Rohstoffe für die industrielle Produktion wie Chrom, Nickel, Salpeter, Schwefel, Baumwolle, Kautschuk und Rohöl gingen schnell zur Neige. In dieser Situation legte der Aufsichtsrat der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) Walther Rathenau dem preußischen Kriegsminister Erich von Falkenhayn eine Denkschrift vor. Darin hatte sich Rathenau eingehend mit der Lösung des Problems der deutschen Rohstoffversorgung befasst. Rathenau empfahl Falkenhayn die Einrichtung einer Behörde, welche die Versorgung der Wirtschaft mit den dringend benötigten Basisgütern zentral organisieren sollte. Die Pläne fanden die Zustimmung des Kriegsministers. Die nach Rathenaus Ideen errichtete Kriegsrohstoffabteilung (KRA) nahm bereits am 13. August 1914 unter seiner Leitung ihre Arbeit auf. Die Aufgaben der KRA waren, wie bereits in der Denkschrift skizziert, die Überwachung und Organisation der Verteilung von kriegswichtigen Materialien für die deutsche Industrie.

043
»Gold gab ich dem Vaterland!«
Anstecknadel, 1916.



Arbeitsweise und Wirkung

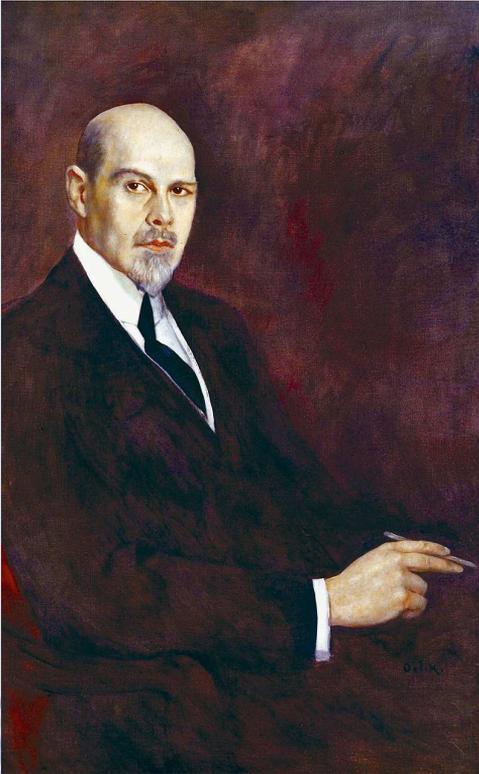
Die Anfänge der Kriegsrohstoffabteilung waren sehr bescheiden. Rathenau und seine drei Mitarbeiter nahmen in den ersten Wochen zunächst Stichproben bei etwa 900 Firmen, um den Bedarf der Wirtschaft an Rohstoffen abschätzen zu können. Die Ergebnisse dieser ersten Untersuchungen stimmten Rathenau besorgt, denn die zur Verfügung stehenden Rohstoffe schienen kaum für das kommende Kriegsjahr zu reichen. Rathenau ließ daraufhin die Mehrheit der in Deutschland befindlichen Rohmaterialien beschlagnahmen und teilte sie bedarfsgerecht den Betrieben zu. Die deutschen Unternehmen mussten monatliche Berichte über ihren Rohstoffverbrauch bei der KRA vorlegen.

Aber auch diese Bewirtschaftung des Mangels geriet an ihre Grenzen. Alle deutschen Haushalte wurden dazu aufgerufen Einrichtungsgegenstände aus Aluminium, Kupfer, Messing, Nickel und Zinn sowie solche, die Gummi oder andere Buntmetalle enthielten, bei Sammelstellen der KRA abzugeben. Auch in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten wurden die für die Kriegswirtschaft benötigten Rohstoffe konfisziert. Rathenau gab die Leitung Abteilung Ende März 1915 vereinbarungsgemäß ab. Am Ende des Ersten Weltkrieges waren in der KRA mehr als 2500 Beschäftigte tätig. Die Kriegsrohstoffabteilung beschäftigte sich aber nicht nur mit der Versorgung der Industrie mit Rohstoffen, sondern leitete auch die Forschungen zu neuen Ersatzstoffen, die geeignet waren, die nicht verfügbaren Güter zu ersetzen.



044 Materialschlacht: Munitionslager bei Verdun.
Foto, 1916.

045
Spendenaufruf für die Ölgewinnung.
Plakat, um 1916.



046 Walter Rathenau.
Öl auf Leinwand von Emil Orlik,
1922.



Walter Rathenau (1867–1922)

B Deutscher Industrieller und Politiker – Der Sohn des Gründers der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) Emil Rathenau durchlief im Kaiserreich eine steile Unternehmerkarriere, die ihn schließlich an die Spitze der AEG im Jahre 1904 führte. 1914 zählte Rathenau zu den einflussreichsten deutschen und europäischen Großindustriellen. Bei Kriegsausbruch ernannte man ihn zum Leiter der Kriegsrohstoffabteilung (KRA) des preußischen Kriegsministeriums. In einer Denkschrift hatte er zuvor auf die in Folge einer britischen Blockade drohende Rohstoffknappheit Deutschlands bei Ausbleiben eines schnellen Sieges hingewiesen und die Schaffung eines »Rohmaterialamtes« für die Erfassung, Lagerung und Verteilung kriegswichtiger Rohstoffe vorgeschlagen. Unter seiner Leitung wuchs die KRA schnell zu einer ausgedehnten und vielverzweigten Behörde an, die tief in das deutsche wirtschaftliche Leben eingriff. Ohne die Arbeit der KRA wären der militärischen Kriegführung die entscheidenden wirtschaftlichen Voraussetzungen entzogen worden. Von der deutschen Öffentlichkeit zunächst positiv beurteilt, wurde Rathenaus Leistung mit wachsender Kriegsdauer zunehmend kritischer als unzulässige Vermischung von Privatwirtschaft und Staatsinteresse bewertet. In der antisemitischen Agitation wurde seine Tätigkeit in der KRA als Beweis für eine »jüdische Weltverschwörung« gesehen. Am 1. April 1915 schied er auf eigenen Wunsch aus der KRA aus und übernahm bis zum Ende des Ersten Weltkrieges kein politisches Amt mehr. Im Jahre 1922 wurde Rathenau als Reichsaußenminister der Weimarer Republik von Angehörigen der rechtsradikalen Organisation Consul ermordet.



047
Plakataufruf,
1918.

verordnungen in der Praxis nicht durchsetzen konnte. Schwarzmärkte mit maßlosen Preisen blühten, das Ernährungsgefälle zwischen Land und Stadt war riesig und schließlich forderte der Krieg mindestens 700 000 ▶ Hungertote. Hass gegen die wohlhabenden Schichten machte sich breit, welche die Schwarzmarktpreise bezahlen konnten, ebenso gegen Bauern und Einzelhändler, die vermeintlich Lebensmittel horteten.

Der bald nach Kriegsbeginn einsetzende Arbeitskräftemangel zwang Unternehmen und Gewerkschaften zu begrenzter Zusammenarbeit. Die Arbeitgeber mussten sozialpolitische Zugeständnisse machen. Dies wiederum wertete die Gewerkschaften als Partner auf, vergrößerte aber innerhalb der Arbeitnehmerschaft die Kluft zwischen den »gemäßigten« Sozialisten, welche die Kriegsanstrengungen unterstützten, und den »radikalen« Linken, denen es um den Sturz des Systems ging. Das ▶ »Hindenburg-Programm« von 1916 bezweckte eine Steigerung der Rüstungsproduktion um jeden Preis. Verbunden war es mit einem Hilfsdienstgesetz, das unter anderem die Arbeitszwangsverpflichtung auch für Frauen vorsah. Die Gewerkschaften wie die Mehrheit des Reichstages widersetzten sich jedoch, so dass es abgeändert werden musste. Auch dadurch gewannen Gewerkschaften und Parlament weiter an Gewicht. Die Lage an den Fronten und in der Heimat bewirkte jedoch eine zunehmende Konfrontation: vermehrte, gegen das »System«, weniger gegen die Arbeit-

geber gerichtete Streiks und wachsende Anhängerschaft bei der radikalen Linken, verstärkte Forderungen nach kompromisslosem »Durchgreifen« bei der Rechten. Die am Ende versuchte Rekrutierung von Zwangsarbeitern aus Belgien und Polen erwies sich als Fehlschlag.

War das Deutsche Reich durch das Flottenwettrennen schon im Frieden hoch verschuldet, so mussten die unglaublichen Kriegskosten erst recht durch Kredite finanziert werden, für deren Tilgung man nach dem Sieg die gegnerischen Mächte in die Pflicht nehmen wollte. Zunächst wurden ▶ Kriegsanleihen in Umlauf gebracht, die im Vertrauen auf den Sieg vor allem Massen von kleinen Anlegern zeichneten, die dann letztendlich ihr »Ersparnis« verlieren sollten. Das folgenschwere Ergebnis war die weitgehende Verarmung des »alten« Mittelstandes der selbstständigen Handel- und Gewerbetreibenden und Freiberufler, die zudem noch durch die Verdreifachung der Lebenshaltungskosten zwischen 1914 und 1918 beschleunigt wurde. Die Arbeiterschaft in der Kriegsindustrie war davon noch am wenigsten betroffen, weil die Löhne dort immerhin um das Zweieinhalbfache stiegen. Hingegen waren die Einkommenszuwächse bei den Angestellten, dem »neuen« Mittelstand, vor allem aber bei den Beamten, so gering, dass deren Realeinkommen auf gut die Hälfte des Vorkriegsniveaus sank. Mittelstand und insbesondere die Beamtschaft waren die großen sozialen Verlierer des Krieges und wur-

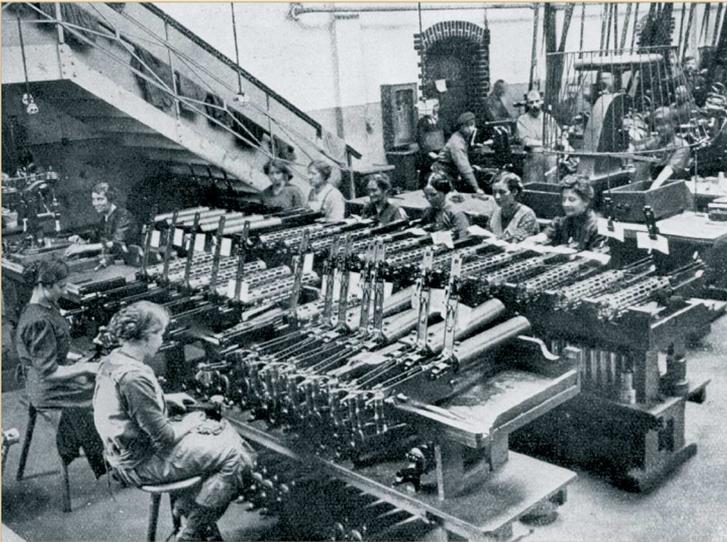
S Ergebnis der neun deutschen Kriegsanleihen in Mill. Mark

Kriegsanleihe	Monat	Jahr	5%ige Reichsanleihe	5%ige Schatzanleihe	4,5%ige Schatzanweisungen	Nennbetrag	Erlös
I.	September	1914	3 491,9	1 000,0	–	4 491,9	4 351,0
II.	März	1915	8 330,3	776,1	–	9 106,4	8 920,9
III.	September	1915	12 161,6	–	–	12 161,6	11 980,8
IV.	März	1916	9 194,2	–	1 571,9	10 766,1	10 502,4
V.	September	1916	9 622,4	–	1 074,3	10 696,8	10 403,9
VI.	März	1917	11 747,2	–	1 850,0	13 597,2	12 790,3
VII.	September	1917	11 304,9	–	1 369,2	12 674,1	12 252,6
VIII.	März	1918	13 532,3	–	1 593,3	15 125,6	14 635,1
IX.	September	1918	9 194,0	–	1 376,0	10 569,9	10 118,8
besondere Begebungen			19,8	800,0	1 400,0	2 200,0	973,1
Summe*			88 578,8	2 576,1	10 234,8	101 389,6	

* Kleine Differenzen durch Rundung der Zahlen

Zit. nach: Walther Lotz, *Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Kriege*, Stuttgart 1927, S. 120

S Das »Hindenburg-Programm« war ein Rüstungs- und Wirtschaftsprogramm der 3. Obersten Heeresleitung (OHL). Am 31. August 1916, zwei Tage nach Übernahme der militärischen Führung durch die 3. OHL (Hindenburg/Ludendorff), legte diese dem Preußischen Kriegsministerium umfangreiche Forderungen vor, die eine allgemeine Mobilisierung aller wirtschaftlichen Mittel sowie eine erhebliche Ausweitung der Rüstungsproduktion verlangten. Die Schlacht um Verdun hatte enorme Ressourcen verschlungen und die alliierte Offensive an der Somme setzte das Reich weiter unter Druck. Bald war es üblich, vom »Hindenburg-Programm« zu sprechen. Entwickelt wurde das Rüstungsprogramm von Oberstleutnant Max Bauer, einem Vertrauten Ludendorffs mit engen Verbindungen zu großindustriellen Kreisen. Bis zum Frühjahr 1917 sollte die Produktion von Munition und Minenwerfern verdoppelt, von Geschützen und Maschinengewehren verdreifacht werden. Dazu sollte die Pulverproduktion von monatlich 6000 Tonnen auf 12 000 Tonnen sowie die Eisenerz- und Kohlenförderung erheblich gesteigert werden. Zeitgenössische Kritiker argumentierten, dass die Produktion schneller gestiegen wäre, wenn die vom Kriegsministerium angestrebte, schrittweise Erhöhung verfolgt worden wäre.



048 Frauen in einer staatlichen Maschinengewehrfabrik während des Ersten Weltkriegs. Foto, um 1916.



049 Plakat für die achte Kriegsanleihe vom März 1918, nach Entwurf von Louis Oppenheim.

1 Paul von Hindenburg, »Denkschrift« (2. November 1916)

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres erarbeitete zusammen mit der Rüstungsindustrie das »Hindenburg-Programm«, das die letzten Menschen- und Materialreserven für den Krieg mobilisieren sollte.

»Wir können den Krieg daher nur gewinnen, wenn wir dem Heere so viel Kriegsgerät zuführen, daß es den feindlichen Armeen gleich stark gegenübersteht und wenn wir die Ernährung des gesamten Volkes sicherstellen. Das ist bei den reichen Mitteln, die unsere Feinde haben, nur möglich, wenn alles, was unser Land an Bodenschätzen birgt und was die Industrie und der Acker hergeben können, ausgenutzt wird, lediglich für die Förderung des Krieges. Dieses Höchstmaß an Leistungen kann aber nur erreicht werden, wenn das gesamte Volk sich in den Dienst des Vaterlandes stellt. [...] Es ist nach meiner Überzeugung von höchster Wichtigkeit, dass ein Gesetz zustande kommt, in welchem ausdrücklich die Wehrpflicht für die gesamte männliche Bevölkerung hinsichtlich der Dauer auf das 16. bis 60. Lebensjahr und hinsichtlich der Verwendung auf die gesamte Kriegswirtschaft ausgedehnt wird. Jeder Mann muss seinem Können entsprechend in den Dienst gestellt werden, an der Drehbank, in der Schreibstube oder zu jeder anderen Betätigung, in der er dem Staat am meisten nutzt.«

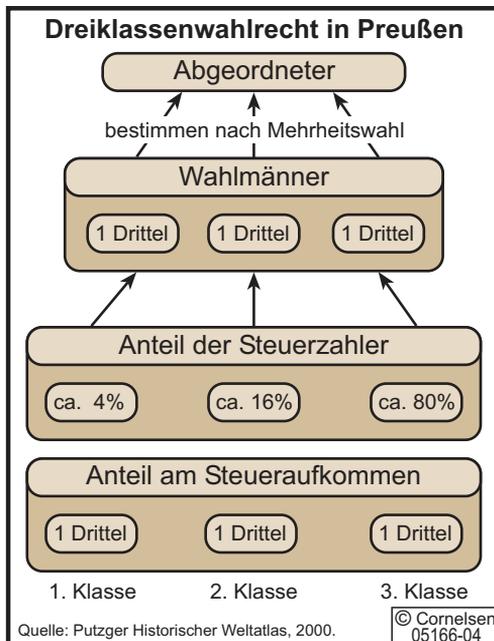
Zit. nach: Der Erste Weltkrieg in Bildern und Dokumenten, Bd 2: Stellungskrieg und Materialschlachten 1915–1916. Hrsg. von Hans Dollinger, München 1969, S. 164

den somit empfänglich für extreme nationalistische Ideologien.

Die Ablehnung der ersten Fassung des »Hindenburg-Programms« durch den Reichstag wie auch die Verabschiedung seiner Friedensresolution vom Juli 1917 waren deutliche Zeichen für ein zunehmendes Gewicht der parlamentarischen Kräfte. Wenn es im ersten Kriegsjahr noch politische Auseinandersetzungen gegeben hatte wie über den U-Bootkrieg oder die Kriegsziele, so hatten sie zwischen der Reichsleitung und der militärischen Führung stattgefunden, und der Chef des Generalstabes Erich von Falkenhayn hatte seinen Anspruch auf »Kriegsleitung« auch in politischen Fragen meistens durchsetzen können. Vom Reichstag wurde schlicht »klatschende Zustimmung« erwartet. Doch mit der Zeit nahm der Einfluss des Parlaments zu. In Einzelfragen bildeten sich Mehrheiten (SPD, Linksliberale, Zentrum) im Reichstag heraus. Mit den Stimmen von SPD, Fortschrittspartei, Zentrum und Nationalliberalen wurde im Oktober 1916 der Haushaltsausschuss in einen ständigen Interfraktionellen Ausschuss verwandelt. Außerdem wurde ein Verfassungsausschuss gebildet. Die Forderung nach einer Reform des preußischen ▶ Dreiklassenwahlrechts wurde immerdrängender. Als der Kaiser in der »Oster-

botschaft« 1917 die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts vage in Aussicht stellte, drohte Ludendorff mit seinem Rücktritt.

Gegen die fortschreitende Parlamentarisierung erwog die 3. OHL mit Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und General Erich Ludendorff die Errichtung einer absoluten Militärdiktatur. Ludendorff war davon überzeugt, dass im Krieg der militärischen Führung die Politik im Innern wie auch nach außen unterstand, forderte also die Umkehrung des Primats der Politik. Der Sturz des Reichskanzlers Bethmann Hollweg im Juli 1917, der allerdings auch im Reichstag keinen Rückhalt mehr hatte, machte deutlich, dass bereits eine »Halb-Diktatur« der 3. OHL installiert war. Nach der Verfassung war der Reichskanzler allein vom Vertrauen des Kaisers abhängig, doch der war, auch in seiner Stellung als Oberster Kriegsherr, zum »Schattenkaiser« geworden. Die Nachfolger Bethmann Hollwegs, Michaelis und Hertling, waren mehr oder weniger »Marionetten« der 3. OHL. Um eine breitere Unterstützung ihres Kurses in der Öffentlichkeit zu finden, förderte die OHL die im Sommer 1917 entstandene Vaterlandspartei als Sammelbecken aller nationalistischen und an der Erhaltung des innenpolitischen Status quo interessierten konservativen Gruppen. Mit ungeheurem propagandistischem Aufwand verteidigten diese Kräfte die diktatorische Stellung der OHL. Erst angesichts der unvermeidlich bevorstehenden Niederlage war die 3. OHL bereit, auf die von ihr beanspruchte politische Entscheidungsgewalt zu verzichten. Jetzt wurde der Weg zu inneren Reformen frei, zumal die Amerikaner nur bereit waren, mit Vertretern einer demokratisch legitimierten deutschen Regierung zu verhandeln. Im Augenblick der ▶ Niederlage befand Ludendorff voller Zynismus, dass es nun Sache der Politiker sei, »die Suppe auszulöffeln«.





Albrecht von Thaer, »Die Niederlage« (1. Oktober 1918)

In seinen Tagebuchnotizen berichtet Thaer, der während des Ersten Weltkrieges sowohl in der OHL als auch im Generalstab tätig war, von der Verkündung der militärischen Niederlage durch den Ersten Generalquartiermeister der OHL, Erich Ludendorff.

»Furchtbar und entsetzlich! In der Tat! Als wir versammelt waren, trat Ludendorff in unsere Mitte, sein Gesicht von tiefstem Kummer erfüllt, bleich, aber mit hoch erhobenem Haupt. Er sagte ungefähr folgendes: Er sei verpflichtet, uns zu sagen, daß unsere militärische Lage furchtbar ernst sei. Täglich könne unsere Westfront durchbrochen werden. Er habe darüber in den letzten Tagen Sr. M. [Seiner Majestät] zu berichten gehabt. Zum 1. Mal sei der O.H.L. von Sr. M. bezw. vom Reichskanzler die Frage vorgelegt worden, was sie und das Heer noch zu leisten imstande seien. Er habe im Einvernehmen mit dem Generalfeldmarschall geantwortet: »Die O.H.L. und das deutsche Heer seien am Ende; der Krieg sei nicht nur nicht mehr zu gewinnen, vielmehr stehe die endgültige Niederlage wohl unvermeidbar bevor.« [...] Exc. Ludendorff fügte hinzu: »Ich habe aber S.M. gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, daß wir so weit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebracht haben.««

Zit. nach: Albrecht von Thaer, Generalstabsdienst an der Front und in der O.H.L. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915–1919. Unter Mitarbeit von Helmuth K.G. Rönnefarth hrsg. von Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958 (= Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Philologisch-Historische Klasse, Dritte Folge, 40), S. 234 f.



050 Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg (vorne links) und General Erich Ludendorff (vorne rechts) mit der Operationsabteilung der Obersten Heeresleitung (OHL) in Bad Kreuznach 1917.

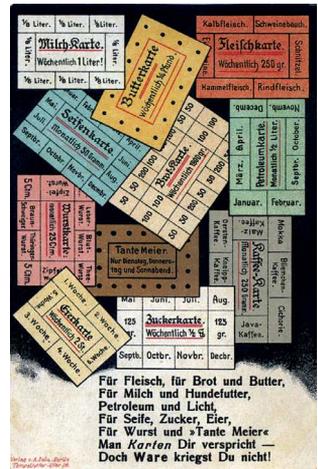


Flugblatt, »Hunger!« (Juni 1916)

Die Ernährung der Zivilbevölkerung wurde für alle am Krieg beteiligten Staaten zum Problem. In Deutschland reagierte die Regierung mit zusätzlichen Rationierungen auf die Versorgungsmängel. Daraufhin kam es in vielen deutschen Städten zu Unruhen.

»Was kommen mußte, ist eingetreten: Der Hunger! In Leipzig, in Berlin, in Charlottenburg, in Braunschweig, in Magdeburg, in Koblenz und Osnabrück, an vielen anderen Orten gibt es Krawalle der hungernden Mengen vor den Läden mit Lebensmitteln. Und die Regierung des Belagerungszustandes hat auf den Hungerschrei der Massen nur die Antwort: Verschärften Belagerungszustand, Polizeisäbel und Militärpatrouillen. [...] Man hat das Volk in den Krieg gehetzt, bei dem die Zufuhr abgeschnitten wurde, kapitalistische Verbrecher haben unter Duldung der Regierung das übrige getan. Was soll werden? Man kann noch ein halbes Jahr, vielleicht ein ganzes Jahr Krieg führen, indem man die Menschen langsam verhungern läßt. Dann wird aber die künftige Generation geopfert. Zu den furchtbaren Opfern an Toten und Krüppeln der Schlachtfelder kommen weitere Opfer an Kindern und Frauen, die infolge des Mangels dem Siechtum verfallen. [...] Es gibt keine Wahl. Es gilt die Tat. Rafft euch auf, ihr Männer und Frauen! Gebt euren Willen kund, laßt eure Stimme erschallen: Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Solidarität des Proletariats!«

Zit. nach: Unter Wilhelm II. 1890–1918. Hrsg. von Hans Flenske, Darmstadt 1982 (= Quellen zum Politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, 7), S. 439



051 Satirische Bildpostkarte, um 1916.

Kapitel II – Strukturen:

Das neue Gesicht des Krieges

1. Kriegsbild und Kriegführung

Der auf operativen Ideen des Generals Alfred Graf von Schlieffen aufbauende Kriegsplan des jüngeren Moltke sah vor, den Gegner im Westen in einer Entscheidungsschlacht vernichtend zu schlagen und anschließend die Masse der deutschen Truppen nach Osten zu werfen. Da der Zeitfaktor von entscheidender Bedeutung war, bargen die Planungen ein hohes Risiko und stellten eher eine »Notlösung« als ein »geniales« Rezept zur Erringung des Sieges dar. Zur einzig möglichen Alternative, die politische Leitung über die hohe Wahrscheinlichkeit des Scheiterns des Kriegsplans zu informieren, konnten sich die Militärs nicht durchringen. Denn das hätte eine totale Kehrtwendung der Außen- und Innenpolitik des Reiches zwingend erforderlich gemacht – mit voraussichtlich katastrophalen Folgen für das politische System.

Nach der Mobilmachung umfasste das deutsche Kriegsheer – mobiles Feldheer und Besatzungsarmee – rund 120 000 Offiziere und 3,7 Millionen Unteroffiziere und Mannschaften. Gleich nach Kriegsbeginn wurden fünf Reserve-Divisionen aufgestellt. Sie bestanden aus jungen Kriegsfreiwilligen, deren Begeisterung ihre kurze und mangelhafte Ausbildung nicht wettmachen konnte. Schon in der zweiten Oktoberhälfte wurden sie beim »Wettlauf zum Meer« leichtfertig geopfert (Langemarck-My-



052 Plakat für die sechste Kriegs'anleihe vom März 1917 nach Entwurf von Fritz Erler.

thos). Die eigentliche Mobilmachung hatte fast alle personellen Reserven verschlungen. Allerdings waren im Deutschen Reich seit Jahren nur gut 50 Prozent aller Wehrpflichtigen zum Wehrdienst einberufen worden – in Frankreich mehr als 80 Prozent –, so dass es wegen der beim Heer vergleichsweise mäßigen Rüstungspolitik 1914 über fünf Millionen nicht ausgebildete Wehrpflichtige gab. Deutschland verfügte bei 68 Millionen Einwohnern über etwa 5,5 Millionen »gediente« Reservisten, Frankreich bei nur 40 Millionen Einwohnern über 4,5 Millionen.

Aus dem tragischen »Opfergang« der jungen Divisionen zog die Heeresleitung Konsequenzen; die weiteren Neuaufstellungen erhielten Kader aus älteren Divisionen sowie eine gründlichere

30

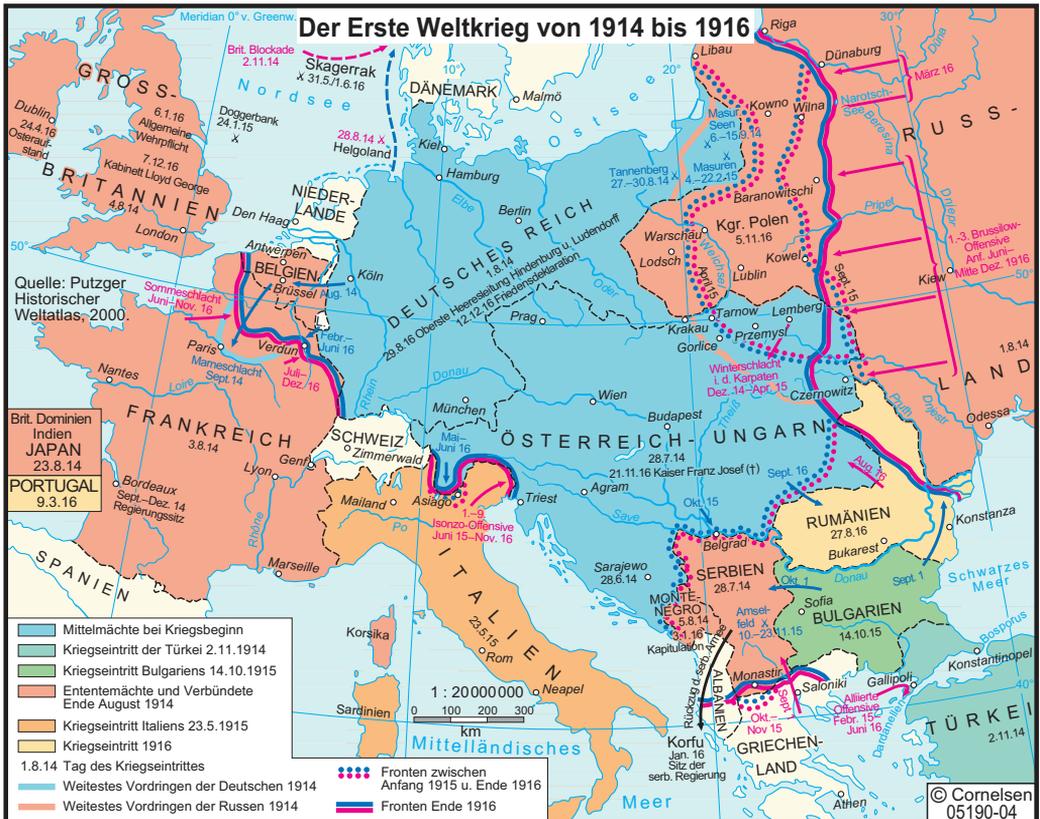


Truppenstärken einschließlich Reserven bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Großbritannien	980 000	Rumänien	290 000
Deutschland	4 500 000	Bulgarien	280 000
Österreich-Ungarn	3 000 000	Griechenland	230 000
Frankreich	4 020 000	Türkei	210 000
Russland	5 970 000	Serbien	200 000
Italien	1 250 000		



053 Französische Infanteristen erobern einen deutschen Schützengraben bei Comblès.
Lithografie von Lucien Jonas, 1916.



Ausbildung. Bis 1916 wurden auf diese Weise 59 weitere Infanterie-Divisionen aufgestellt. 1918 umfasste das Heer unter den verschiedenen Heeresgruppen- und Armee-Oberkommandos 67 Generalkommandos (Armeekorps) mit 241 Infanterie- und vier Kavallerie-Divisionen.

Im Jahr 1916 begann die Heeresleitung, zwischen »Stellungs«- und »Eingreif«-Divisionen zu unterscheiden, während sich alle Divisionen des Feldheeres von 1914 noch als »Angriffs-Divisionen« gefühlt hatten. Das Ende ihres rasanten Vormarsches im September 1914 und die Entwicklung zu den Materialschlachten 1916 bis 1918 ist eine der bedeutendsten »Revolutionen« in der Kriegführung. An der Westfront scheiterten bei Freund und Feind alle Versuche, einen taktischen oder gar operativen Durchbruch zu erzwingen. Zu hoch war die Überlegenheit des Verteidigers über den Angreifer, des Feuers über die Bewegung, so dass es taktisch nicht gelang, eine auch nur zehn Kilometer tiefe Verteidigungszone mit der notwendigen Zügigkeit zu überwinden. Aber es gab noch andere Defizite: Die moderne Technik, ihre Anforderungen und ihre Auswirkungen wurden geistig nicht bewältigt. Gerade deshalb erzielte die »Tankwaffe«, die 1916 als das überraschendste Kriegsmittel auf dem Gefechtsfeld auftauchte, nur örtlich Erfolge, denn ihre operativen Chancen zur Überwindung des Stellungskrieges wurden entweder nicht erkannt oder unterschätzt und waren teilweise auch tatsächlich wegen anderer technischer Unzulänglichkeiten wie den Nachschub für raumgreifende operative Bewegungen, noch nicht auszunutzen. Ein Beispiel dafür gibt die deutsche Frühjahrsoffensive 1918: Der zunächst erfolgreiche Stoß in die Tiefe – ohne Panzerunterstützung – blieb nach 60 Kilometern liegen und konnte operativ nicht ausgenutzt werden, weil die für den Bewegungskrieg erforderlichen Waf-

fensysteme fehlten: motorisierte Artillerie und Mannschaftstransporte nebst Nachschub sowie bewegliche Führungs- und Fernmeldemittel.

Auch das Verhältnis von Führung und Truppe unterlag grundlegenden Veränderungen. Die im Vergleich zu den Führungserfordernissen noch völlig unzureichende Fernmelde-technik wirkte sich auf dem Höhepunkt der Marne-Schlacht verheerend, wahrscheinlich kriegsentscheidend aus. Die Nachrichtenübermittlung war an die Leitung, an den Draht gebunden. Deshalb saßen vom Bataillon an aufwärts die Führungsstäbe unbeweglich in Gefechtsständen fest. Daraus ergab sich, vor allem auf höherer Ebene, eine verhängnisvolle Trennung von Führung und Truppe, von Kommandostab und Kampf Einheit, wobei der Begriff »Front« in der Regel noch den Brigadestab mit einschloss. Anders war das Bild auf dem östlichen Kriegsschauplatz. Für Materialschlachten fehlten dem Gegner hier die Mittel. Aber neben langwierigen Phasen des Stellungskrieges gab es operative Durchbrüche, die den Mittelmächten zum Beispiel 1915 bei Tarnow und Gorlice und Ende Oktober 1917 bei Karfreit in den Julischen Alpen gelangen und zu Phasen des Bewegungskrieges überleiteten.

Das Soldatendasein an der Westfront unterschied sich grundlegend von herkömmlichen militärischen Auseinandersetzungen, keines Soldaten Phantasie hätte sich 1914 das Kommando vorstellen können. Tapferkeit war nur noch gefragt im Sinne von Leidensfähigkeit und Durchhaltevermögen gegenüber Kälte und Nässe, Ungeziefer und Krankheiten, Artilleriebeschuss und Gasvergiftung, Verstümmelung und anonymem Massensterben. In den Schützengräben entwickelten sich soziale Beziehungen, die später zum Mythos der »Frontkämpfer-Ideologie« stilisiert wurden, ein neues

32

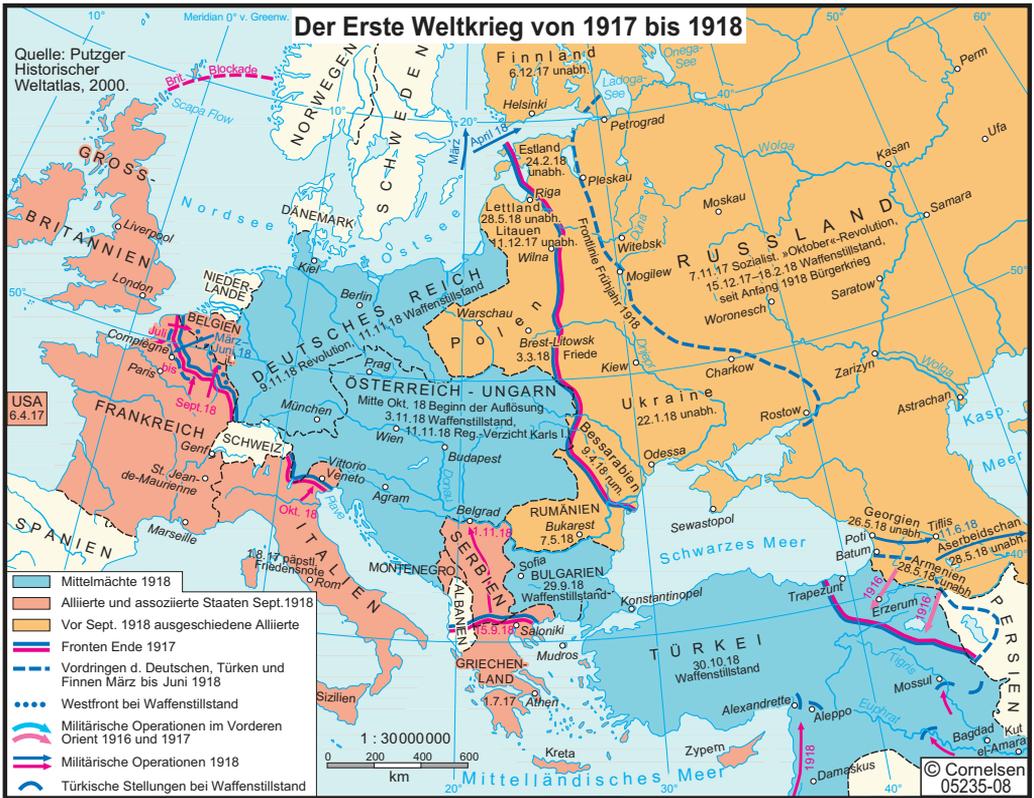
Helme der Kriegsparteien

054
Deutsches Reich
bis 1916.



055
Deutsches Reich
ab 1916.





058 Das Kriegsbild vor 1914: Sturmangriff der Infanterie. Zeitgenössische Lithografie.

056
Großbritannien.



057
Frankreich.

